

## Rüdiger Hachtmann

„Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihre Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.849>

Reprint von:

Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihre Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue,

in: Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen ‚Führerstaat‘, herausgegeben von Jürgen John, Horst Möller und Thomas Schaarschmidt, Oldenbourg München, 2007, S. 56-79

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>

Zitationshinweis:

Rüdiger Hachtmann (2007), „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihre Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.849>

Ursprünglich erschienen als Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihre Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen ‚Führerstaat‘, herausgegeben von Jürgen John, Horst Möller und Thomas Schaarschmidt, Oldenbourg München, 2007, S. 56-79

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.849>

Sonderdruck aus:

## **Die NS-Gaue**

Regionale Mittelinstanzen  
im zentralistischen „Führerstaat“

Herausgegeben von  
Jürgen John  
Horst Möller  
Thomas Schaarschmidt

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Rüdiger Hachtmann

## „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue

In der Forschung zum „Dritten Reich“ wird häufig von „Verwaltungskonfusion“, Zerrüttung und Zerfall des Staates gesprochen, von Chaos, allgemeinem Wirrwarr, „Desorganisation“ oder „irrationalen Organisationsformen“<sup>1</sup>, so dass man sich verwundert die Augen reibt und fragt, wie dieser angebliche ‚Nicht-Staat‘ innerhalb kurzer Zeit einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung induzieren und schließlich fast sechs Jahre lang einen Weltkrieg gegen mindestens ökonomisch weit überlegene Gegner führen konnte. Tatsächlich ist das Diktum von Zerfall des Staates zu kurz gefasst. Was sich auflöste, war der *klassisch-moderne* Staat – der Staat mit mindestens im Groben verfassungsrechtlich wie politisch-praktisch abgeklärten, auf Dauer angelegten arbeitsteiligen Kompetenzen zwischen den Institutionen, mit rechtsförmig geregelten, überpersönlichen Verwaltungsgängen, mit eindeutigen und vergleichsweise festgefühten, also nur begrenzt fluiden Hierarchien. Diese Form der Staatlichkeit löste sich auf. Was in Deutschland 1936, 1939 oder 1941 existierte, waren jedoch nicht lediglich staatliche Trümmer. Es bildete sich vielmehr eine neue, ganz eigenartige politische Struktur heraus, eine neue Variante von Staatlichkeit, die nur sehr begrenzt Vorbilder kannte. Um diese neue Staatlichkeit<sup>2</sup> geht es im folgenden.

---

<sup>1</sup> Zitate: Rebenitsch, Dieter: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945. Stuttgart 1989, S. 534; Ruck, Michael: Zentralismus und Regionalgewalten im Herrschaftsgefüge des NS-Staates, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 99–122, hier S. 100. Normativ mit einem klassischen Verständnis von „Staat“ aufgeladen ist auch z. B. das Diktum Rebenitschs von den „fortwährenden Verstößen gegen fundamentale Regeln der Politik“. Rebenitsch: Führerstaat und Verwaltung. Im Unterschied zu vielen anderen versucht Rebenitsch jedoch, der eigenen Logik der NS-Staatlichkeit auf die Spur zu kommen. Die vorstehenden Überlegungen haben sehr von den Diskussionen auf der Konferenz „Die NS-Gaue – regionale Mittelinstanzen im zentralistischen Führerstaat?“ profitiert. Ich bin deshalb den Teilnehmern der Konferenz, namentlich Winfried Süß und Armin Nolzen, für zahlreiche Anregungen zu Dank verpflichtet.

<sup>2</sup> Begriffe wie ‚neue Staatlichkeit‘ sind terminologische Krücken; sie werden hier mangels einer präziseren (die NS-Spezifika betonenden) Begrifflichkeit verwandt. Wichtig ist mir vor allem, das NS-Regime nicht einfach nur als fortlaufenden Zerfall, als „Un-Staat“ zu charakterisieren. Vgl. Neumann, Franz: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944. Köln/Frankfurt a.M. 1977, S. 16, 21f., 76ff., 541ff. Entscheidend ist vielmehr, die originäre staatliche Substanz der NS-Diktatur, eben deren ‚neue Staatlichkeit‘ in den Blick zu bekommen. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann kein elaborierter Staatsbegriff vorgelegt werden, auf den die neue Staatlichkeit des „Dritten Reiches“ zu beziehen wäre. Die Differenz der NS-Staatlichkeit zum liberalen, rechtsstaatlich-normativ und verfassungsrechtlich eingehegten Idealtypus von ‚Staat‘ (den F.L. Neumann als Kontrastfolie seinem „Behemoth“ zugrunde legte – und ebenso Dieter Rebenitsch und viele andere im Kontext ihrer Arbeiten) ist jedoch evident. Drei zentrale Prämissen neuer, nationalsozialistischer Staatlichkeit seien indes hervorgehoben: Erstens relativierten die – ideologisch und politisch intern wiederum heterogenen – Nationalsozialisten den klassischen Begriff des ‚Staatsvolks‘ zusehends. Er wurde rassistisch aufgeladen und sprengte schließlich auf der konzeptionellen wie praxeologischen Ebene die traditionell deutsch-nationalen, selbst völkischen Grenzen von ‚deutschem Staatsvolk‘. Besonders sichtbar wird dies am handlungsleitenden Konzept der SS von einem nur mehr ausschließlich rassistisch defi-

Das bekannte Konzept Max Webers über die „charismatische Herrschaft“ bildet den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen.<sup>3</sup> Von der NS-Forschung ist dieses – von Weber nur in groben Konturen skizzierte – Herrschafts-Modell gern hitleristisch verengt worden, wie z. B. jüngst in einer populären Gesellschaftsgeschichte des „Dritten Reiches“.<sup>4</sup> Wenn man mit Webers Konzept charismatischer Herrschaft vor allem die von Weber so bezeichneten „charismatischen Verwaltungsstäbe“ – ein bisher weitgehend übersehenes Theorem – in den Blick nimmt, dann zeigt sich die Nützlichkeit dieses Konzepts. Es ist kein Zufall, dass Franz Leopold Neumann, der Begründer der Polykratie-Theorie,<sup>5</sup> und ebenso Ernst Fraenkel mit seinem Konzept vom nationalsozialistischen „Doppelstaat“ sich explizit auf Max Weber und dessen Theorie von der „charismatischen Herrschaft“ bezogen haben. Die folgenden Überlegungen schließen an das Webersche Theorem der „charismatischen Verwaltungsstäbe“ an und sind der auf Neumann und Fraenkel zurückgehenden konzeptionellen Tradition verpflichtet. Der zweite Teil der vorstehenden Ausführungen wendet sich bestimmten Strukturelementen der ‚charismatisch aufgeladenen Polykratie‘ zu (wie ich das NS-Herrschaftssystem nennen würde). Im Vordergrund stehen dabei Aspekte, die hier mit den Begriffen ‚Personalisierung‘ und ‚Informalisierung‘ umschrieben werden.

Polykratie heißt ‚Herrschaft der Vielen‘. Die die Hitlerdiktatur tragenden Herrschaftssäulen – von F.L. Neumann auf die NS-Bewegung, Industrie und Wehrmacht (sowie die Ministerialbürokratie, die allerdings nur eingeschränkt als eigenständiger Faktor angesprochen werden kann<sup>6</sup>) als die ‚Hauptträger‘ des NS-Herrschafts-

---

nierten, großgermanischen Reich, das unter dem Diktum der „Arisierungsfähigkeit“ etc. selbst rassistisch-deutschvölkische Konzepte z. B. eines Richard Walther Darré in den Hintergrund treten ließ. Zweitens sprengten die Nationalsozialisten mit ihrem aggressiv-imperialistischen Raum-Konzept alle traditionellen Vorstellungen von ‚Staatsgebiet‘ – auch das war eine entscheidende Prämisse ‚neuer Staatlichkeit‘ des NS-Regimes. Drittens schließlich war die NSDAP eine Staatspartei, die nicht einmal „Blockparteien“ zuließ und die Grenzmarkierungen zwischen „Staat“ und „Partei“ rasch verwischte.

<sup>3</sup> Vgl. Weber, Max: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hrsg. v. Johannes Winkelmann. Tübingen 1985, S. 475–488, hier bes. S. 481–487; Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen 1972, S. 141, 657ff.

<sup>4</sup> Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700–1989/90. Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914–1949. München 2003; zum Bezug auf Webers Konzept dort vgl. 623 ff., zur hitleristischen Verengung z. B. 677, 902. Zu meiner Kritik an der verengten Anwendung des Konzepts charismatischer Herrschaft durch Wehler vgl. Hachtmann, Rüdiger: Bürgertum, Revolution und Diktatur. Zu Hans-Ulrich Wehlers viertem Band der „Gesellschaftsgeschichte“, in: Sozial.Geschichte 19 (2004), H. 3, S. 60–87, bes. S. 71–77. Zur Rezeption des Weberschen Charisma-Modells im Kontext der NS-Interpretation vgl. die Auflistung der entsprechenden Titel in: Breuer, Stefan: Max Webers Parteisoziologie und das Problem des Faschismus, in: Albert, Gert/Bienfait, Agathe/Sigmund, Steffen (Hrsg.): Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm. Tübingen 2003, S. 352–370, hier S. 352, Anm. 1.

<sup>5</sup> Vgl. Neumann: Behemoth, bes. S. 541–544, sowie außerdem vor allem Hüttenberger, Peter: Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2 (1976), S. 417–442. Verwendet wurde der Begriff „Polykratie“ zuerst von: Schulz, Gerhard: Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates. Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1974, S. 280 und 294. Schulz spricht freilich missverständlich von einer „Polykratie“ straff zentralisierter Ressorts“ (S. 280).

<sup>6</sup> Diese Auffassung F.L. Neumanns im (bis 1942 verfassten) Hauptteil seines „Behemoth“ muss selbst historisiert werden. Rebentisch hat resümiert, dass sich während der Weimarer Republik eine

stems reduziert – waren von Anbeginn zahlreich und vervielfachten sich im Laufe des „Dritten Reiches“. Vor allem die NS-Bewegung zersplitterte in zahllose Organisationen und Institutionen, die ihrerseits wiederum häufig staatliche und quasi-staatliche Funktionen okkupierten.<sup>7</sup> Markant sind außerdem die Generalbevollmächtigten und Sonderkommissare, die zumeist neben bestehende ältere Institutionen traten und diese häufig an den Rand drängten. Zu den Herrschaftssäulen des NS-Systems zählten schließlich nicht zuletzt die NSDAP-Gauleiter mitsamt ihren „Stäben“. Sie waren eine ‚Mittelinstantz‘ insofern, als ihre Herrschaft eine begrenzte räumliche Reichweite besaß und ursprünglich auf den Parteibereich bezogen war. Indessen wäre es völlig verfehlt, sie lediglich als Glied eines staatlichen Instanzenzuges anzusprechen. Sie besaßen ein erhebliches politisches Eigengewicht und waren ein eigenständiger, in bestimmten Phasen ausgesprochen gewichtiger, häufig schwer kalkulierbarer Faktor innerhalb des NS-Herrschaftssystems.

Mit dem in der NS-Forschung vorherrschenden Diktum vom Zerfall und einer chronischen Instabilität der Hitlerdiktatur wird suggeriert, dass es zwischen den polykratischen Zentren des Regimes keine Kommunikationskanäle gegeben habe und Bündnisse zwischen den Herrschaftssäulen – wenn überhaupt – nur zufällig und voluntaristisch zustande gekommen seien. Dem ist entgegenzuhalten, dass die Herrschaftsträger der NS-Polykratie nicht unverbunden nebeneinander standen. Die Varianten und Strukturen der Kompromissbildung und der oft ungemein dynamischen Kooperationen zwischen diesen Herrschaftssäulen unterschieden sich allerdings grundlegend von den bis dahin gewohnten Formen innerstaatlicher Kommunikation und Entscheidungsfindung. Dazu werden im letzten Teil Thesen formuliert. Der Art und Weise der interinstitutionellen und interpersonellen Kommunikation im

---

„in vordemokratischen Traditionen verhärtete Bürokratie“ als „technokratische Elite“ in der öffentlichen Verwaltung in der schwachen ersten deutschen Demokratie de facto als „drittes Staatsorgan neben Parlament und Regierung“ etabliert habe. Vor diesem Hintergrund lag es nahe, namentlich die Ministerialbürokratie zu einem starken, von eigenen politischen Zielen (autoritärer Beamtenstaat nach preußischen Vorbild) getriebenem politischen Faktor zu machen, wie Neumann dies zunächst getan hat – zumal die selbst behauptete Überparteilichkeit vor allem der Reichs- und der Länderbürokratie „natürlich eine ideologische Maske“ (Rebentisch) gewesen sei, hinter der sich zumeist reaktionär-restaurative Ziele verbargen. Nach 1933/34, so Rebentisch weiter, sei es allerdings mehr als „zweifelhaft“, ob „noch von einer gleichförmig strukturierten und einheitlich operierenden Ministerialbürokratie gesprochen werden“ könne. Zitate: Rebentisch, Dieter: Verfassungswandel und Verwaltungsstaat vor und nach der Machtergreifung, in: Heideking, Jürgen/Hufnagel, Gerhard/Knipping, Franz (Hrsg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz. Berlin/New York 1989, S. 123–150, hier S. 125, 127, 142. Die seit 1934 sichtbar einsetzende Zersplitterung allein der Ministerialbürokratie (von den anderen Verwaltungen ganz zu schweigen) erfuhr seit Verkündung des „Vierjahresplans“ 1936, mit Kriegsbeginn sowie seit der Kriegswende 1941/42 erhebliche Schübe. Dass es vor diesem Hintergrund abwegig ist, von der Ministerialbürokratie als vierter zentraler Herrschaftssäule der Hitlerdiktatur zu sprechen, hat E.L. Neumann selbst in seinem 1944 verfassten (kurzen) zweiten Teil des Behemoth konzediert, wenn er dort (S. 656f.) lakonisch konstatiert, „der Nazismus ist darauf aus, das traditionelle Beamtentum Europas zu zerstören“, die deutsche „Tradition des Staatsbeamtentums“ sei durch die politisch-staatlichen Entwicklungen ab 1942 völlig unterminiert.

<sup>7</sup> Vgl. als Überblick: Nolzen, Armin: Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Band 9: Echternkamp, Jörg (Hrsg.): Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939–1945, 1. Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben. München 2004, S. 99–193.

politisch-staatlichen Bereich ist auch deshalb hier größerer Raum zu geben, weil in die Verklammerungen zwischen den polykratischen Herrschaftsträgern die NS-Gauleiter maßgeblich einbezogen waren und überdies in Regional- und Lokalstudien, also in Herrschaftsanalysen mittlerer und kurzer Reichweite, die dynamischen Verzahnungen der Herrschaftsträger unter Berücksichtigung von Raum und Zeit präziser herausgearbeitet werden können als in Analysen lediglich aus der Vogelperspektive.

Als Akteure, die im Rahmen der polykratischen Herrschaftskommunikation eine zentrale Rolle spielten, sind darüber hinaus nicht zuletzt die *charismatisch legitimierte Kommissare*, also die von Hitler eingesetzten Generalbevollmächtigten und Sonderbeauftragten wichtig. Die Sonderkommissare sind neben den NS-Organisationen wie SS oder DAF, die sich in zunehmendem Maße staatliche und quasi-staatliche Befugnisse anmaßten, sowie den ‚Gau-Mittelinstanzen‘ auf der institutionellen Ebene das zentrale neue Element, das die besondere Qualität der nationalsozialistischen Staatlichkeit ausmachte. Diese Sonderkommissare und sonstigen NS-Verwaltungsstäbe standen als vertikale Herrschaftsträger (im Sinne F. L. Neumanns) in einem Spannungsverhältnis zu den regionalen (horizontalen) Herrschaftsträgern, unter denen die NS-Gauleiter wiederum eine herausragende Rolle spielten. In diesem Kontext ist auch das *Verhältnis von traditionellen Behörden* auf der einen und *Sonderkommissaren bzw. charismatischen Verwaltungsstäben*<sup>8</sup> auf der anderen Seite anzusprechen. Mit Blick auf das Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Seiten könnte man abstrakter auch von bürokratischen und charismatischen Elementen sprechen. Allerdings ist der Bürokratie-Begriff bedeutungsoffener, als er auf den ersten Blick zu sein scheint;<sup>9</sup> er wird hier deshalb nur sparsam verwendet. Wichtig ist, dass auch dieses herrschaftsstrukturelle Spannungsverhältnis – das sich gleichfalls nicht zu einem Idealtypus verdichten lässt, sondern nach Zeit und Raum stark variierte – wesentlich auf der Gau-, Kreis- und Ortsebene untersucht werden muss, wenn die neue Staatlichkeit der Hitlerdiktatur auch konzeptionell schärfere Konturen erhalten soll. Schließlich ist die Frage nach Vorläufern und Traditionslinien aufzuwerfen, in die die einzelnen Elemente der

---

<sup>8</sup> Der Terminus „charismatische Verwaltungsstäbe“ wird von mir im folgenden als Oberbegriff sowohl für die Behörden oder Stäbe der Sonderkommissare als auch für die Teile der NS-Organisationen verwandt, die sich quasi-staatliche Kompetenzen aneigneten.

<sup>9</sup> Der Begriff der „Bürokratisierung“ kann auf unterschiedliches zielen: Er kann *erstens* „Routinisierung des Verwaltungshandelns“ im technischen bzw. arbeitsorganisatorischen Sinne, *zweitens* das bloße Anwachsen des hauptamtlichen Personals von Verwaltungen und Organisationen und *drittens* die Durchsetzung „bürokratischer Herrschaft“ im Weberischen Sinne meinen; d. h. eine differenzierte, überpersönliche und sorgsam aufeinander abgestimmte Arbeitsteilung innerhalb des Staates oder einzelner Großorganisationen (Unternehmen, politische Verbände etc.). Vergleichsweise genau abgestimmte Kompetenzen zwischen Ministerien, Ämtern, Abteilungen etc. von Staat bzw. Großorganisationen, außerdem die Regelmäßigkeit der Verfahren sind in diesem Fall das Hauptkennzeichen des Begriffs. „Bürokratisierung“ bzw. „bürokratische Herrschaft“, in dieser Weise definiert, wird zum Gegenbegriff bzw. zur Kontrastfolie zu charismatischen Verwaltungsstäben. *Viertens* schließlich kann „Bürokratisierung“ auf einen Sonderfall zielen: auf das distanzierte, entfremdete Verhältnis von DAF-Funktionärsapparat und seiner ‚sozialen Basis‘, der deutschen Arbeitnehmerschaft. Dies, nämlich „die Beziehungen der Arbeiter“ zu einer „autokratischen [DAF-]Bürokratie“, meint z. B. Neumann (Behemoth, S. 483), wenn er davon spricht, die Arbeitsfront habe „den Prozeß der Bürokratisierung auf die Spitze getrieben“. Vgl. auch unten, Anm. 16.

„neuen Staatlichkeit“ des „Dritten Reiches“ zu stellen sind – und so der Gefahr vorzubeugen, das NS-Herrschaftssystem aus der deutschen (und europäischen) Geschichte herauszudefinieren.

### I. Das NS-Herrschaftssystem: eine charismatische Polykratie – zur Validität des Weberschen Konzepts charismatischer Herrschaft für das „Dritte Reich“

Das Max Webersche Konzept der charismatischen Herrschaft kennt nicht nur den „charismatischen Herrscher“<sup>10</sup>, sondern darüber hinaus die „charismatischen Jünger“ sowie – für das folgende besonders wichtig – die „charismatischen Verwaltungsstäbe“. Zunächst kurz zu den „charismatischen Jüngern“: Idealtypisch lassen sich für die Zeit des „Dritten Reiches“ vier Grundtypen des „charismatischen Jüngers“ auskristallisieren, nämlich

*erstens* die Chefs der NS-Massenorganisationen, also Himmler, Ley, bis 1934 Röhm und andere;

*zweitens* die unmittelbar von Hitler beauftragten Sonderkommissare, also Goebbels, Todt, Göring, Speer, Himmler, Ley, Sauckel, Brandt und andere;

*drittens* die NSDAP-Gauleiter und

*viertens* die personellen Spitzen der Sondergewalten in den Regionen des im Zweiten Weltkrieg vom NS-Regime okkupierten Europas (soweit ihnen die unmittelbare – formelle oder informelle – Beauftragung durch Hitler vorausging).

Das „Charisma“ der „Jünger“ war vom Charisma des „Führers“ ‚abgeleitet‘. Die „Jünger“ Hitlers werden deshalb hier als „charismatisch legitimierte Kommissare“ oder schlicht als Sonderkommissare bezeichnet. Diese Sonderkommissare konnten durchaus ein – begrenztes – „Eigen-Charisma“ entwickeln; in ihren Herrschaftssectoren agierten sie häufig ziemlich autokratisch. Wichtig ist jedoch, dass sie aller Selbstherrlichkeit zum Trotz stets unter einem *charismatischen Vorbehalt* standen. Hitler blieb immer in der Lage, auch starke, von ihm charismatisch legitimierte Kommissare wieder abzusetzen (Röhm, J. Wagner, Streicher usw.).

Wichtig ist außerdem, „charismatische Herrschaft“ als Struktur zu verstehen, die sich vom „charismatischen Herrscher“ (Hitler) tendenziell löste. Zwar blieb die Figur des „charismatischen Herrschers“ für das komplexe ‚System‘<sup>11</sup> ‚charismatischer Herrschaft‘, wie es sich während des „Dritten Reiches“ entfaltete, unverzichtbar. Die Wirkungskraft der „charismatischen Herrschaft“ war jedoch nicht unmittelbar an die

---

<sup>10</sup> Wichtig ist, den „charismatischen Herrscher“ vom Charisma im vulgären Sinne zu lösen. „Ausstrahlung“ konnten viele politische Akteure haben. Zum Grundstein charismatischer Herrschaft wird „Charisma“ nach Max Weber nur durch das „Vertrauen der Gemeinde“, d. h. wenn die „Massen“ an die Führungsqualitäten des „Propheten“, „Kriegshelden“ oder „Demagogen“ glauben. Vgl. Weber: Drei reine Typen, S. 482f. Ohne diese Anerkennung des „Führers“ durch die „Masse“ kein „Charisma“ und keine „charismatische Herrschaft“, so der Webersche Idealtypus.

<sup>11</sup> Der Begriff ‚System‘ ist problematisch, weil er (vor der Folie der sog. Systemtheorie) relative Statik suggeriert, das NS-Herrschafts-System jedoch hochgradig dynamisch gewesen ist und einem raschen binnenstaatlichen Wandel unterworfen war. Unter Vorbehalt muss der ‚Terminus ‚(Herrschafts-)System‘ ferner deshalb gestellt werden, weil mit ihm leicht ein kalkuliert inauguriertes, vielleicht sogar systematisch vom „charismatischen Herrscher“ oder einem seiner Paladine ausgearbeitetes Ausgangskonzept und eine entsprechende Lenkung assoziiert wird. Das war nicht der Fall und ist gleichfalls zu bedenken, wenn hier mangels terminologischer Alternativen der Begriff ‚System‘ verwandt wird.

Figur Hitler gebunden. Die Frage z. B., ob das „Charisma“ Hitlers seit 1942/43 allmählich verlöschte oder nicht, ist für den Wirkungsgrad der verschiedenen Elemente der charismatisch aufgeladenen Polykratie relativ unerheblich.<sup>12</sup>

Innerhalb des Weberschen Modells charismatischer Herrschaft sind neben den „charismatischen Jüngern“ die diesen unterstellten „*charismatischen Verwaltungsstäbe*“ von erheblicher Bedeutung. Sie ließen sich, folgt man dem Modell Webers, von eingespielten Verfahren und Regeln, wie sie für den klassischen „bürokratischen Anstaltsstaat“ typisch sind, nicht bremsen. Grundsätzlich, so Weber gleichsam unter Vorwegnahme der antibürokratischen Affekte der NS-Spitzen, seien charismatischen Verwaltungsstäben „alle Rangordnungen der Werte, Sitte und [moralischen] Gesetz[e]“, „alle Regel und Tradition“ fremd und feind.<sup>13</sup>

Darüber hinaus rekrutierten sie ihr *Personal* auf ganz andere Weise als dies üblicherweise, etwa unter klassisch-bürokratischen Herrschaftsverhältnissen und ebenso in privatwirtschaftlichen Unternehmen der Fall war und ist. Die Mitglieder der „charismatischen Verwaltungsstäbe“ werden, so Max Weber, „ausgelesen nach persönlicher Hingabe“, nicht in erster Linie nach „Fachqualifikation“. Für den charismatischen Herrschaftsapparat gelte „weder eine Form noch ein geordnetes Verfahren der Anstellung, der Absetzung [oder] der Karriere“. Zentrale Kriterien für die Rekrutierung wie für die Beförderung des Führungspersonals der „charismatischen Verwaltungsstäbe“ waren während der NS-Zeit Werte wie persönliche Loyalität, „Bewährung“ in vergangenen Zeiten (sichtbar an der niedrigen NSDAP-Mitgliedsnummer), politisch-ideologische Linientreue sowie Härte im Umgang mit Gegnern.

Die meisten NS-Funktionäre waren während der Weimarer Republik, in ihren Augen eine permanente „Kampfzeit“, politisch sozialisiert worden. Sie waren außerdem zumeist ausgesprochen jung, Angehörige entweder der von Peukert so gen. „Frontgeneration“, die als junge Soldaten durch den Ersten Weltkrieg geprägt worden waren, oder Angehörige der „überflüssigen Generation“, die den Krieg nicht mehr an der Front miterlebt hatte, sondern lediglich vom Hörensagen kannte, gespickt mit stilisierten und wirkungsmächtigen, weil mentalitätsbildenden Legenden der Älteren. Wichtig ist, dass die Militarisierung der Mentalitäten, die erlebte und retrospektiv heroisierte Kriegswirklichkeit oder die mittelbare Inkorporierung „militärischen

---

<sup>12</sup> Das „Charisma“ Hitlers, das von seiner Wirkung her betrachtet spätestens seit Ende der dreißiger Jahre weitgehend mit dem „Hitlermythos“ zusammenfiel, war allerdings keineswegs gänzlich irrelevant. Tatsächlich blieb der Hitlermythos – als das medial vermittelte und von den Adressaten der NS-Propaganda adaptierte „Charisma Hitlers“ – bis 1945 wirkungsmächtig, und ein wichtiger Aspekt, der erklärt, warum die zentrifugalen Kräfte der charismatisch aufgeladenen Polykratie, nicht zuletzt das autokratische Selbstgefühl vieler regionaler „Vizekönige“, nicht zum Auseinanderbrechen des NS-Systems geführt haben.

<sup>13</sup> Rebentisch spricht mit Blick auf die „Umgestaltung“, oder wohl besser: Implementierung, von „Sonderverwaltungen für bestimmte öffentliche Aufgabenbereiche“ von „halbfeudalen Teilherrschaften“. Rebentisch: *Führerstaat und Verwaltung*, S. 535. Diese Feststellung, die sich ähnlich auch in anderen Arbeiten findet, korreliert mit dem Konzept „charismatischer Herrschaft“; Weber hat dieses Konzept der Religionssoziologie entlehnt und vorbürgerliche Herrschaftsformen im Auge gehabt, die auch feudale Züge besitzen konnten.

Geistes' durch Freikorps und SA vor 1933<sup>14</sup> die Ausbildung einer charismatisch aufgeladenen Polykratie seit 1933 begünstigten.

Militarismus und Jugendlichkeit wurden zum Signum der NS-Bewegung. Nicht nur ‚militärischer Geist‘, sondern daneben ein jugendlich-rebellischer Gestus, permanenter Sturm und Drang blieben auch nach 1933 elementarer Bestandteil des Habitus der meisten NS-Funktionäre. Jugendlichkeit war ein positiver Fetisch. Nach der NS-Machtergreifung wurde die „Kampfbewegungs“-Mentalität der „Systemzeit“ konserviert und auf neue Betätigungsfelder ausgerichtet. Das Prinzip der physischen Gewaltsamkeit wandelte sich in Aggressivität und Unberechenbarkeit, mit der Kämpfe auf den politischen Bühnen des „Dritten Reiches“ ausgefochten wurden, nur in eher seltenen Fällen allerdings noch mit physischer Gewaltsamkeit verbunden, wie etwa Ende Juni 1934 gegenüber der SA-Führung.

Der „charismatische Verwaltungsstab“, die Form der Rekrutierung des Personals dieser Verwaltungsstäbe und ebenso die vorstehend angedeuteten Grundlinien der politisch-sozialen Praxis der Funktionsträger des NS-Regimes sind Idealtypen. Die empirischen Konstellationen ‚vor Ort‘ waren komplexer. Folgende Fragen drängen sich deshalb auf:

(*Eindringtiefe*) Gilt die skizzierte, NS-typische „charismatische“ Form der Rekrutierung nur für das Spitzenpersonal? Oder reichte sie auch in die mittleren und unteren Ebenen der Hierarchien der Verwaltungsstäbe? Oder lassen sich hier die quasi klassisch-bürokratischen Formen der Personalrekrutierung beobachten, die dadurch verstärkt wurden, dass die NS-Gauleiter, und ihre Statthalter auf der lokalen Ebene, auf die überkommenen Behörden zurückgriffen?

(*Zeitlicher Wandel*;) Veränderten sich die Formen der Rekrutierung des politischen Personals im Laufe der Zeit? Lässt sich hier so etwas wie eine „Veralltäglichung charismatischer Herrschaft“ (Max Weber), eine Rückkehr zum ‚klassischen‘ Zentralkriterium der Fachqualifikation feststellen, die eine niedrige NSDAP-Mitgliedsnummer und persönliche Loyalität als Einstellungskriterien zurücktreten ließ? Wurde dieser Prozess der „Veralltäglichung“ durch gravierende Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen, etwa die Veränderungen auf den Kriegsschauplätzen seit 1941, immer wieder von Neuem aufgebrochen? Kam es zu einer wenigstens partiellen Renaissance von wichtigen Strukturelementen „charismatischer Herrschaft“?

(*Veränderungen im Raum*;) In den östlichen, westlichen und (seit 1943) südlichen Randgebieten des Großdeutschen Reiches setzten sich Elemente charismatischer Herrschaft anscheinend komplikationsloser durch als im „Altreich“, weil hier der Widerstand, nicht zuletzt der Beharrungswillen traditioneller Behörden geringer war und rascher gebrochen werden konnte. In welcher Weise wirkte die aggressive Expansion des Reiches, namentlich die Schübe 1935, 1938/39, 1940 und 1941/42, und

---

<sup>14</sup> Die Mitglieder der NS-Bewegung, auch viele ihrer Führer, waren häufig so jung, dass sie vor 1918 nicht mehr eingezogen wurden. Geprägt wurden sie dennoch durch die im Ersten Weltkrieg aufblühende Gewalterfahrung und das Erlebnis einer nachträglich zudem stilisierten Frontgemeinschaft. Über die Freikorps und SA in die Weimarer Republik wurde die Gewaltpraxis des Krieges in die brüchige Zivilgesellschaft der Weimarer Republik hinein verlängert; der für die NS-Bewegung charakteristische Gewaltkult hat vor allem hier sowie in den Mythen und Legenden, die sich um Krieg und Kriegsausgang rankten, seine Wurzeln.

mit ihr die vergleichsweise ‚reine‘ Verwirklichung zentraler Elemente charismatischer Herrschaft auf die binnenstaatlichen Strukturen im Kern des Reichs zurück? Inwieweit forcierten also Entwicklungen in der Peripherie die Ausbildung der ‚neuen Staatlichkeit‘ auch im Zentrum?<sup>15</sup>

Wichtig ist, die bisher angedeuteten Elemente charismatischer Herrschaft auf der einen und Formen traditionell bürokratischer Herrschaft auf der anderen Seite nicht als sich ausschließende Alternativen zu begreifen, sondern als Pole, die ein Spannungsverhältnis beschreiben, in dem sich die sozusagen empirischen Herrschaftsverhältnisse und ebenso die empirische ‚Verwaltung der Gesellschaft‘ verorten lassen.<sup>16</sup> Dieselbe Feststellung – also dass es sich nicht um sich ausschließende Alternativen handelt, sondern um Spannungsverhältnisse – gilt auch für das folgende.

## II. Personalisierung der Politik

Das NS-Regime war nicht nur polykratisch strukturiert und durch Konkurrenz geprägt. Es war außerdem ein „personalisierter Herrschaftsverband“<sup>17</sup> und entsprechend durch eine starke *Personalisierung der Politik* gekennzeichnet. „Personalisierung der Politik“ heißt, dass einzelne Personen, meist alte Gefolgsleute Hitlers wie Göring, Rust, Darré bzw. Backe, Todt, Frick, Sauckel, Rosenberg, Himmler, Ley usw., oder später aufgestiegene Paladine wie Speer und Brandt Ministerien oder die mit quasi-staatlichen Aufgaben betrauten NS-Organisationen sowie die neuen Sonderkommissariate personifizierte. Sie repräsentierten diese nicht nur nach außen, sondern besaßen erhebliche persönliche Macht, bestimmten entscheidend die Politik „ihrer“ Institutionen auch nach innen und prägten mit ihren individuellen Eigenheiten den von ihnen weitgehend autokratisch beherrschten Teilbereich stärker, als dies ‚normalerweise‘, d. h. in demokratischen oder gewöhnlichen autoritären Staatsformen, die auf überpersönlichen Verwaltungen und Instanzenzügen basieren, der Fall ist. Abge-

<sup>15</sup> Vgl. hierzu den aufschlussreichen Beitrag von Michael Wedekind im vorliegenden Band.

<sup>16</sup> Wichtig ist, dass die Begriffe auch hier je nach Perspektive unterschiedliches bedeuten können und es sich um relationale Kategorien handelt: ‚Verwaltung‘ kann in diesem Kontext als ‚bürokratisches‘ Element, die für den Nationalsozialismus an der Macht charakteristischen Mobilisierungen und (sonstigen) Kampagnen als ‚charismatisches‘ Element begriffen werden. Allerdings muss auch die bürokratische Durchherrschung des „Dritten Reiches“, d. h. die – meist nur nominelle – Mitgliedschaft der „Volksgenossen“ in möglichst vielen Organisationen (in DAF, NSV, NS-Frauenschaft, SA, RLB usw., aber auch in den berufsständischen Verbänden) als wichtiges Element charismatisch aufgeladener Bürokratie verstanden werden. Hinzu kommt, dass sich „charismatische Verwaltungsstäbe“ intern durchaus „bürokratisieren“ konnten, indem sie klassische Verwaltungsroutinen (penibel vorgegebenes, schriftliches Umlaufverfahren, doppelte Buchführung usw.) und andere Praxen des überkommenen Anstaltsstaates einführen. Beispiele sind die Parteikanzlei unter Martin Bormann oder das NSDAP-Reichsschatzmeisteramt unter Franz Xaver Schwarz. Die Qualität und die außeralltägliche Wucht der „charismatischen Herrschaft“ musste dies keineswegs in Frage stellen. Rebenitsch hat diese Doppelbödigkeit und Relationalität des „Bürokratie“- und „Bürokratisierungs“-Begriffs zu fassen versucht, indem er von der „Verschränkung von Regellosigkeit und bürokratischem Perfektionismus“ als „charakteristischer Doppelseitigkeit“ der NS-Herrschaft und von „neuen sekundären Bürokratien“ spricht. Rebenitsch: Verfassungswandel, S. 145f.

<sup>17</sup> Vgl. Rebenitsch: Führerstaat und Verwaltung, bes. S. 35, 538, 549; ferner (im Anschluss an Rebenitsch) z. B. Ruck: Zentralismus und Regionalgewalten, S. 103. Rebenitsch weist im übrigen darauf hin, dass das Prinzip der Personalisierung der Politik nicht identisch ist mit dem Führerprinzip. Vgl. unten, Anm. 37.

sehen davon, dass auch die NSDAP-Gauleiter und andere charismatisch legitimierte Autokraten einem bestimmten sozialen Typus<sup>18</sup> zugehörten, also nicht nur als Individualisten wirkten, war ihrer Selbstherrlichkeit noch in anderer Hinsicht Grenzen gesetzt: Als charismatisch legitimierte Kommissare standen sie bis an das Ende der Hitlerdiktatur unter einem ‚charismatischen Vorbehalt‘, d.h. sie konnten jederzeit vom „Führer“ abberufen oder infolge einer Verschwörung mächtigerer „charismatischer Jünger“ gestürzt werden.

„Personalisierung der Politik“ bedeutet mit Blick auf binnenstaatliche Strukturen, dass auf der Ebene der Entscheidungsträger eingespielte (staatliche) Arbeitsteilungen und überpersönliche „Amtswege“ nicht mehr oder nur begrenzt anerkannt wurden. Bürokratische Verfahrensregeln und klassisch-verwaltungstechnische Kontrollmechanismen verloren an Bedeutung. Die Folge: Es entstand, so Maurizio Bach in Anlehnung an Max Weber, eine „unhierarchische und informelle Struktur“ sowie ein „relativ hohes Maß an äußerer Unberechenbarkeit und innerer Instabilität“.<sup>19</sup> Es bildeten sich Netzwerke, d.h. formelle und zunehmend informellen Kommunikations- und Einflusstrukturen abseits der klassischen Verwaltungsstränge und traditionellen Politikorte (Parlamente, Reichs- und Länderregierungen etc.) heraus. Der damit verbundene Verzicht auf zeitaufwendige, traditionelle Amtswege war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das NS-Regime zu einer größeren Elastizität im Handeln in der Lage war.

Die Implementierung charismatisch-polykratischer Strukturen und das schließliche Überwuchern des ‚klassischen Anstaltsstaates‘ durch die verschiedenen Elemente neuer Staatlichkeit hat nicht zu einem Auseinanderreißen der verschiedenen Politik- und Gesellschaftsbereiche des „Dritten Reiches“ geführt. Dieser Tatbestand kann nur denjenigen überraschen, der einer allzu simplen Vorstellung von ‚Polykratie‘ aufsitzt. Polykratie ist mit Blick auf das NS-System nicht einfach nur Institutionenvielfalt und Kompetenzkonkurrenz, die es auch in anderen politischen Systemen, z.B. der föderalen Weimarer Demokratie gegeben hat.<sup>20</sup> Charismatisch aufgeladene Polykratie bezeichnet, und dies geht über Franz L. Neumanns oder auch Peter Hüttenbergers Konzept hinaus, auch eine neue Form der Herrschaftskommunikation. Sie zielt – im folgenden zunächst wieder idealtypisch betrachtet – auf neue Kommunika-

---

<sup>18</sup> Offenbar konnte sich der jeweils dominante soziale Typus im Laufe der Zeit wandeln: In der Diskussion während der Konferenz wurde in diesem Kontext u. a. das Revirement unter den NS-Gauleitern 1939 bis 1942 betont: Die „Alten Kämpfer“ machten stärker technokratisch orientierten (und bürgerlich sozialisierten) „Managern des Krieges“ Platz. Vgl. auch eine Andeutung in diese Richtung bei: Ziegler, Walter: Die nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern. Ein Beitrag zur Geschichte Bayerns im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 58 (1995), S.427–460, hier S.436, bzw. Ziegler, Walter: Gaue und Gauleiter im Dritten Reich, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich. München 1996, S. 139–159, hier S. 146. Ähnliches galt auch für die – weiterhin starken – Ministerien. Vgl. z. B. den Übergang im Reichsernährungsministerium von Darré auf Herbert Backe.

<sup>19</sup> Bach, Maurizio: Die charismatischen Führerdiktaturen. Drittes Reich und italienischer Faschismus im Vergleich ihrer Herrschaftsstrukturen. Baden-Baden 1990, S. 24.

<sup>20</sup> Burleigh z. B. geht so weit, Polykratie zu einem Strukturmerkmal moderner Industriegesellschaften generell zu erklären. Vgl. Burleigh, Michael: Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt a. M. 2000, S. 187f.

tionsregeln, einen neuen Kommunikationsstil und neue Varianten der Kompromissbildung, mithin auch der Bündnispolitik. Erforderlich war diese neue Herrschaftsform, weil der Nationalsozialismus in Deutschland und später in ganz Europa grundstürzend wirkte. Die Verhältnisse veränderten sich in einem Ausmaß und einem Tempo, das zuvor undenkbar schien. Dazu musste (aus der Sicht des Regimes) eine Herrschaftsform, eine Variante von Politik her, die es erlaubte, rascher und komplikationsloser, eben: „unbürokratisch“, zu handeln.

Um auf die selbst produzierten und provozierten Veränderungen flexibel reagieren zu können, wurde ein ‚System‘ implementiert, das vorher zwar nicht konzeptionell ausformuliert war, nach meinem Eindruck jedoch Vorläufer in Strukturelementen der „Weimarer Kampfzeit“ der NS-Bewegung hatte. Dazu gehören das Prinzip der „Vizekönige“<sup>21</sup> und polykratische Strukturen der NS-Bewegung, wie sie u. a. Sven Reichardt mit Blick auf die SA für die zwanziger Jahre konstatiert hat. Deren eigentümliche Strukturen unterschieden sich erheblich vom Aufbau traditioneller moderner Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (und wurden im übrigen mindestens in einzelnen Organisationen während der Regime-Phase perpetuiert, z. B. in der Deutschen Arbeitsfront<sup>22</sup>). Hintergrund wiederum dieser polykratisch-charismatischen Traditionen, die die NS-Bewegung während der Weimarer „Systemzeit“ ausbildete, dürften u. a. die militärischen Strukturen des deutschen Weltkriegsheeres gewesen sein, namentlich die Taktik, durch relativ autonom agierende und hochmotivierte „Stoßtrupps“<sup>23</sup> bzw. „Sturmabteilungen“<sup>24</sup> die gegnerischen Reihen zu „durchstoßen“ und „sturmfähig“ zu machen.

Wenn viele der jüngeren NS-Funktionäre als Angehörige der „überflüssigen Generation“ (auch) dieses ‚Bewegungs-Prinzip‘, das später zu einem wichtigen Element charismatisch-polykratischer Herrschaft wurde, nur vom Hörensagen kannten oder

---

<sup>21</sup> Michael Ruck hat mit Blick namentlich auf den „Territorial-Partikularismus“ „Reminiszenzen an die Verfassungszustände im Alten Reich“ bemüht. Ruck: Zentralismus und Regionalgewalten, S. 104. So weit muss man nicht zurückgehen. Vgl. unten, Anm. 30. Zugleich ist für den Nationalsozialismus freilich ein skurril-romantizistischer Bezug auf einen kriegerischen Feudalismus typisch, die Belehnung der NS-„Vizekönigen“ mit „Fürstentümern“ durch den „Monarchen“ (charismatischen Führer), die dieser nach Gutdünken wieder nehmen konnte, naheliegend. Vgl. ähnliche Analogien z. B. bei Ziegler: Gaue und Gauleiter, S. 145.

<sup>22</sup> Vgl. Hachtmann, Rüdiger: Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 1936, in: VfZ 53 (2005), H. 1, S. 43–78, bes. S. 72–76.

<sup>23</sup> Zur Etymologie vgl. (mit Beispielen aus dem Ersten Weltkrieg) Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch. Band 19. Leipzig 1957, S. 570; ferner: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich/Irina Renz. Paderborn u. a. 2003, S. 869f.

<sup>24</sup> Der Begriff „Sturmabteilung“ – als eine „militärische Abteilung, die zum Sturm auf die feindlichen Schanzen bestimmt ist“ – taucht zuerst in einem preußisch-deutschen Exerzierreglement für die Infanterie aus dem Jahre 1906 auf. Während des Ersten Weltkrieges wurden „Sturmabteilungen“ gebildet, die seit 1915/16 vor allem an der Westfront eingesetzt wurden. Innerhalb der NS-Bewegung findet der Begriff das erste Mal mit nun gegen die Linke gewendeten, ansonsten fast identischen Konnotationen, in einem Bericht über eine Versammlungsschlacht im Münchner Hofbräuhaus am 4. Nov. 1921 Anwendung: Die anwesenden Linken seien „in einem zwanzig Minuten lang andauernden, ununterbrochenen wilden Anstürmen aus dem Saal getrieben“ worden. Auf diesen „heldenhafte[n] Sturmangriff“ geht der Name „SA“ zurück. Nach: Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Deutsches Wörterbuch. Band 20. Leipzig 1957, S. 602. Vgl. ferner Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 913; Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 1943, S. 601.

erst in den Freikorps, die die Stoßtrupp-Taktik noch exzessiver als das reguläre Militär bis 1918 praktizierten, kennen lernten, dann tat dies der Wirkungsmächtigkeit dieses militärischen Prinzips keinen Abbruch. Im Gegenteil, durch Heldengeschichten und Frontgemeinschaftserlebnisse, wie sie die Älteren kolportierten und im rechtsextremen Milieu der Weimarer Republik zubauf kursierten, wurde es unter den Jüngeren nur um so nachhaltigen verankert.<sup>25</sup>

Zu den bereits während der Weimarer Republik praktizierten Verfahren gehört außerdem die Taktik, in zugespitzten, scheinbar verfahrenen Situationen Sonderkommissare zu berufen,<sup>26</sup> und schließlich selbstverständlich das bereits für die Weimarer NS-Bewegung konstitutive Prinzip der Personalisierung von Politik. Sven Reichardt spricht mit Blick auf die SA der „Bewegungsphase“ von mafiotischen Strukturen und vergleicht deren organisatorisches Binnenleben mit den großstädtischen, US-amerikanischen Jugendgangs Anfang des 20. Jahrhunderts.<sup>27</sup> Ein solcher Vergleich kann heuristisch weiterführend sein – wenn die mit Attributen wie ‚mafiotisch‘ assoziierten pejorativen Konnotationen herausgehalten und mithilfe solcher Analogien analytische Kategorien gewonnen werden. Ganz offensichtlich wucherten jedenfalls die in der Weimarer „Kampfzeit“ ausgebildeten mafiotischen Strukturen seit Ende Januar 1933 in den Staat hinein. Der von Peter Hüttenberger verwendete Begriff der „Clique“<sup>28</sup> verweist in eine ganz ähnliche Richtung, nämlich die anhaltende Bedeutung alter, zumeist informeller ‚Seilschaften‘ in zentralen Sektoren der charismatischen NS-Polykratie, etwa der Deutschen Arbeitsfront<sup>29</sup> oder mindestens mancher NSDAP-Gaue.

---

<sup>25</sup> Symptomatisch ist, dass die höheren SA-Führer seit Ende der zwanziger Jahre meist „verabschiedete Offiziere und ehemals aktive Freikorpsführer“ waren, die ihren zumeist sehr jungen „Unterführern“ und Mannschaften die Stoßtrupptaktik systematisch einimpften. Vgl. Longenrich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA. München 1989, S.93.

<sup>26</sup> Vgl. Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln/Weimar/Wien 2002, bes. S. 172ff., 405. Zu dem bereits bis 1933 typischen „polykratischen Charakter der faschistischen Bewegung“ und den häufigen Kompetenzstreitigkeiten, für die es „kaum institutionelle Konfliktaustragungseinrichtungen“ gab, vgl. auch ebd., S. 141ff., 157f., 197.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 501f.

<sup>28</sup> Vgl. Hüttenberger, Peter: Die Gaulleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969, bes. S. 56. Die Kategorie „Clique“ hat inzwischen auch in die (quantifizierende) Netzwerkanalyse Eingang gefunden, definiert als „Menge von Akteuren mit außergewöhnlich vielen (insbesondere direkten) Beziehungen untereinander“ und charakterisiert durch eine außergewöhnliche „Nähe ihrer Mitglieder untereinander“. Trappmann, Mark/Hummell, Hans J./Sodeur, Wolfgang (Hrsg.): Strukturanalyse sozialer Netzwerke. Konzepte, Modelle, Methoden. Wiesbaden 2005, S.71. Zu Hüttenbergs „Cliquen“-Begriff vgl. die Einwände Nolzen in seinem Beitrag in diesem Band.

<sup>29</sup> Die „Waldbröler Clique“, benannt nach dem Geburtsort Robert Leys, rekrutierte sich aus NS-Funktionären dieser Region, die Ley seit Mitte der zwanziger Jahre verpflichtet waren. Sie bestimmte bis 1945 die Geschehnisse der DAF. Ein Beispiel für eine funktionale „Clique“ ist die wissenschaftspolitisch höchst einflussreiche „Göttinger Clique“ um Rudolf Mentzel und Erich Schumann. Sie entstand Mitte der zwanziger Jahre im universitären Milieu der niedersächsischen Universitätsstadt. Ihr gehörten die einflussreichen Wissenschaftspolitiker Erich Schumann (Reichskriegsministerium, u.a. Leiter der Abteilung Forschung im Oberkommando des Heeres bzw. der Wehrmacht), Rudolf Mentzel (u.a. DFG-Präsident, Amtsleiter Wissenschaft im Reichserziehungsministerium, Geschäftsführer des Reichsforschungsrates), Peter Adolf Thiessen (u.a. Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Fachspartenleiter Chemie im Reichsforschungsrat), Willi Willing (Ordinarius an der Wehrtechni-

All diese Kontinuitäten und Anknüpfungspunkte zwischen dem Nationalsozialismus als Kampfbewegung und als Herrschaftsform erklären die vergleichsweise rasche Ausbildung des charismatisch-polykratischen Herrschaftssystems nach 1933. Sie dürfen sich nicht zuletzt auch auf der regionalen Ebene besonders plastisch herausarbeiten lassen.

### III. „Vizekönige“: die Sonderkommissare als Zentralelement der charismatisch aufgeladenen Polykratie

Hitler selbst hat das für ihn maßgebliche Prinzip der Personalisierung der Politik in einem seiner berühmten „Tischgespräche“ Ende 1941 recht anschaulich formuliert, als er (nach einer wüsten Polemik gegen die Ministerialbürokratie) von „Vizekönigen“ sprach, auf die er im Osten seine Herrschaft stützen wolle. „Die Männer der Partei werden das schon richtig machen.“<sup>30</sup> Den „Vizekönigen“ gleich waren die von Hitler unmittelbar charismatisch legitimierten Sonderkommissare, die neben den mit quasi-staatlichen Funktionen betrauten NS-Organisationen das Element im nationalsozialistischen Herrschaftssystem waren, das die eigenartige Qualität der neuen, nationalsozialistischen Staatlichkeit besonders sichtbar macht. Sie verkörperten die „dynamische Stabilität“ (Niklas Luhmann) des NS-Regimes in besonderem Maß, weil durch sie der „Führer“ je nach Konstellation und ohne den zeitaufwendigen Umweg über traditionelle Instanzenzüge rasch auf veränderte Konstellationen reagieren konnte und weil die häufig mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Sonderkommissare kompromisslos agieren konnten. Wichtig ist allerdings, dass die Generalbevollmächtigten und Sonderbeauftragten das für die charismatische Polykratie charakteristische Prinzip der *kalkulierten Rivalität* nicht aufhoben. Sie perpetuierten es in gewisser Weise, da die Kompetenzen neu eingesetzter charismatisch legitimierter Kommissare meist in Generalklauseln gefasst, mithin unklar formuliert waren und sich zudem ältere Machtträger ihre Besitzstände nicht nehmen lassen wollten. Entgegen dem ideologisch-propagandistischen Diktum blähte sich der NS-Staat institutionell immer weiter auf, da neben neugeschaffenen Sonderinstanzen weitgehend funktionslos gewordene Ministerien, sonstige traditionelle Verwaltungen oder auch obsolet gewordene ältere Sonderbeauftragte als leere Hülsen bestehen blieben. Die Okkupation weiter Teile Europas beschleunigte dieses Phänomen, das mit dem Terminus „Bürokratisierung“ unzureichend beschrieben wäre.

---

schen Fakultät der TH Berlin, div. SS-Ämter) sowie der ‚geistige Vater‘ des „Generalplanes Ost“, Konrad Meyer (gleichfalls u. a. Fachspartenleiter im Reichsforschungsrat, div. SS-Ämter), an. Der Wirkungsmacht sowohl der „Waldbroder“ als auch der „Göttinger Clique“ taten Funktionsveränderungen ihrer Mitglieder, meist keine Entmachtungen, sondern eher Ämterrotationen und vertikale Aufstiege, im übrigen keinen Abbruch.

<sup>30</sup> Tischgespräche vom 1. Aug. 1941, nach: Picker, Henry (Hrsg.): Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Stuttgart 1981, S. 62, bzw. Jochmann, Werner (Hrsg.): Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hamburg 1980, S. 51. Das erste Mal hat Hitler den Terminus „Vizekönige“ auf einer Reichsstatthalter-Konferenz am 22. März 1934 verwendet. Nach: Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969, S. 150. Im folgenden geht es um die von Hitler imaginierten, durch ihn charismatisch legitimierten „Vizekönige“ (die mit den historischen „Vizekönigen“ der spanischen oder britischen Krone nur wenig gemein hatten).

Es gab zahllose Reichskommissare, Generalbevollmächtigte und Sonderbeauftragte. Entsprechend lassen sich unterschiedliche, größere oder differenziertere Typologien für die Sonderkommissare und deren Verwaltungsstäbe konstruieren. Der Einfachheit halber seien die Verwaltungen und Sondergewalten in den okkupierten ost- und westeuropäischen Gebieten hier ausgeklammert und zudem lediglich zwei typologische Unterscheidungskriterien angesprochen. Zum einen unterschieden sich die Sonderkommissare nach den Beauftragungen. Das zielt neben der Reichweite ihrer Kompetenzen vor allem auf die Frage, *wer* eine Persönlichkeit mit Sonderkompetenzen ausstattete. Nur die politisch wichtigsten Sonderkommissare, angefangen mit Todt und Goebbels 1933, über Göring 1936 bis hin zu Todt 1940, Speer, Sauckel und Ley 1942 und wieder Goebbels 1943, wurden von Hitler persönlich ernannt. Sauckel übrigens blieb als „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, trotz führerunmittelbarer Beauftragung, jedenfalls nominell in die Vierjahresplan-Behörde Görings eingebunden, mithin gleichzeitig ‚Beauftragter‘ Görings. Andere Sonderbeauftragte waren gleichsam Unterkommissare. Sie wurden nicht von Hitler selbst, sondern von den von ihm persönlich ernannten, also charismatisch legitimierten Kommissaren ernannt. Göring beispielsweise ernannte eine Reihe solcher Sonderbeauftragter. Zu denken ist hier etwa an Karl Lange als „Sonderbeauftragter für die Maschinenproduktion“, Hermann v. Hanneken als „Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung“, Fritz Erich Fellgiebel als „Sonderbeauftragter für technische Nachrichtenmittel“, Alfred Bentz als „(Sonder-)Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung“ oder Carl Krauch als „Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung“ und Chef des (seit 1939 sogen.) „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“.

Ein zweites Unterscheidungsmerkmal, das einer Typologisierung der Sonderkommissare zugrunde gelegt werden kann, ist die Art und Weise, wie diese Sonderkommissare die Verwaltungsstäbe oder Behörden rekrutierten, mit denen sie ihre Kompetenzen auszufüllen versuchten. Manche Sonderkommissare verleibten sich traditionelle Behörden ein und modelten diese entsprechend ihren Bedürfnissen um. Dies war z. B. bei Sauckel der Fall, der sich nach seiner Ernennung zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ im März 1942 die Landesarbeitsämter sowie die Reichstreuhand der Arbeit unterstellte.<sup>31</sup> Auch Robert Ley eignete sich Abteilungen des Reichsarbeitsministeriums an, als er 1942 zum Reichswohnungskommissar ernannt wurde. Zugleich bestückte er sein Reichskommissariat jedoch außerdem mit Personal aus den Reihen der Deutschen Arbeitsfront. Karl Brandt wiederum kam mit einem sehr kleinen Verwaltungsstab aus,<sup>32</sup> der in vielerlei Hinsicht den ebenfalls schlanken Führungsstäben ähnelte, mit denen Fritz Todt und Albert Speer ihre verschiedenen Sonderkompetenzen im Bau- wie im Rüstungsbereich ausfüllten.

---

<sup>31</sup> Die (Reichs-)Treuhand der Arbeit waren eine Institution, die im Mai 1933 in Folge der Zerschlagung der Gewerkschaften geschaffen wurde und ihrerseits an die Zwangsschlichter der Weimarer Republik anknüpfte.

<sup>32</sup> Stüb, Winfried: *Der „Volkskörper“ im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945*. München 2003, bes. S. 87ff.

Eine wieder andere, die eben genannte ergänzende Form von „Verwaltung“ führten Todt und Speer ein, nachdem sie zum „Reichsminister für Bewaffnung und Munition“ (später: „Rüstung und Kriegsproduktion“) ernannt worden waren. Mit ihrer *Selbstverwaltung der Wirtschaft* schufen sie freilich nur scheinbar etwas Neues. Tatsächlich knüpften sie an Traditionen des Ausschusswesens an, wie sie sich seit Ende des 19. Jahrhunderts in den Ingenieurverbänden ausgebildet hatten. Namentlich Speer nahm außerdem gleichzeitig eine Praxis auf, die er selbst entwickelt hatte, als er in seiner Funktion als Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt Berlin privatwirtschaftliche Interessen mit staatlichen Aufgaben verquickte, zum Vorteil des Architektur- und Bauimperiums Speer sowie anderer privater Planungsbüros und freiberuflicher Architekten.<sup>33</sup>

Das von Speer praktizierte *Outsourcing von Politik*, die faktische Privatisierung infrastruktureller Aufgaben, eine ausgesprochen moderne Variante von Politik, wenn man sich die derzeitige Privatisierung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, der Post und anderer Infrastruktureinrichtungen anschaut, war während der NS-Zeit vermutlich eher die Ausnahme. Allerdings spricht Petzina in seiner „Autarkiepolitik im Dritten Reich“ mit guten Gründen und Blick auf den überragenden Einfluss der IG Farben auf den „Vierjahresplan“ vom Herbst 1936 generalisierend von einer „Privatisierung der Wirtschaftspolitik“.<sup>34</sup> Das ist ein Gesichtspunkt, der z. B. für das wichtige „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“<sup>35</sup> und ebenso für die verschiedenen Facetten regionaler und lokaler Politik gleichfalls noch genauer in den Blick zu nehmen wäre.

Auch in dieser Hinsicht ist der Blick über den engen Zeitrahmen von 1933 bis 1945 sinnvoll: Eine vergleichbar enge, wenn nicht sogar noch engere Verknüpfung von Politik und Wirtschaft war bereits in der Zeit des Ersten Weltkrieges zu beobachten. Sie ist mithin möglicherweise ein Kennzeichen von Kriegsgesellschaften, und die begann während der NS-Zeit spätestens seit 1936. Überhaupt war in der Erinnerung der Zeitgenossen der Erste Weltkrieg als Erfahrungshorizont und Bezugspunkt auch für

---

<sup>33</sup> Vgl. Willems, Susanne: Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau. Berlin 2002, bes. S. 31–44.

<sup>34</sup> Petzina, Dietmar: Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968, S. 123.

<sup>35</sup> Das „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“ (RWA) fing klein an als „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“, der wichtigsten Abteilung innerhalb des im April 1936 gegründeten „Rohstoff- und Devisenstabes“ (unter Oberst Fritz Loeb). Zuständig war das seit Kriegsbeginn „reichsunmittelbare“ Amt (seit Anfang 1938 „Reichsstelle“, seit Ende 1939 „Reichsamt für Wirtschaftsausbau“) im Kontext der forcierten Aufrüstung für die „vorbereitenden Arbeiten der Forschung und Entwicklung sowie die Ausführungsarbeiten der Planung und Durchführung im einzelnen“, wie Göring 1937 formulierte (nach: Petzina: Autarkiepolitik, S. 66). Das RWA wurde zum entscheidenden Bindeglied zwischen der Wehrmacht sowie den dort artikulierten (künftigen) ‚Kriegsbedürfnissen‘ und der Industrie sowie partiell auch den Wissenschaftsverbänden. Krauchs Amt mutet fast wie die Wiederauferstehung der Kriegsrohstoffabteilung des Ersten Weltkrieges an. In der Folgezeit entwickelte sich das RWA zum zentralen Exekutivorgan der Vierjahresplanbehörde. Auch wenn Krauchs Pläne, das Amt zu einem Superministerium „nach Art des englischen Verteidigungsministeriums“ auszubauen (so Krauch 1938), sich nach der Ernennung Todts zum Rüstungsminister für Bewaffnung und Munition nicht mehr realisieren ließen, ist seine Bedeutung für die Umstellung und den Ausbau von Wirtschaft und ebenso Wissenschaft auf die Bedürfnisse des Krieges kaum zu überschätzen. Zu diesem Amt ausführlich: Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Göttingen 2007, S. 286–292.

politisches Handeln massiv präsent. Reichswehr und zahllose wirtschaftliche sowie politische Stellen rezipierten die Erfahrungen der Jahre 1914 bis 1918 systematisch, um es (so der zeitgenössische Zynismus) ‚das nächst Mal besser zu machen‘. Dazu gehörten die aus der Sicht revanchistischer Militärs, Industrieller und Politiker positiven Erfahrungen mit den zahlreichen Sonderbehörden, die im ersten großen Krieg kurzfristig aus dem Boden gestampft wurden und den Mittelmächten überhaupt eine jahrelange Kriegführung möglich gemacht hatten.

Aber auch unabhängig davon ist das Institut der Sonderkommissare keineswegs so originär nationalsozialistisch, wie man auf den ersten Blick meinen möchte. Auch der Erste Weltkrieg war nicht der große Innovator. Es gibt hier offenbar auf unterschiedlichen Ebenen bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Traditionen, etwa im Bergbau oder der Energiewirtschaft.<sup>36</sup> Zum Teil verkörperten die neuen Sonderkommissare außerdem alte Träume der Zentralisierung bzw. Verreichlichung. Das beginnt bereits bei Bernhard Rust 1934, dessen Ministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung das erste Reichskultusministerium seit 1871, also überhaupt in Deutschland gewesen ist.

Das Institut der Sonderkommissare und die hier besonders interessierenden regionalen „Mittelinstanzen“ waren auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. NSDAP-Gauleiter wurden offenbar nicht zufällig häufig zu Sonderkommissaren ernannt bzw. mit Zusatzfunktionen in den okkupierten Ostgebieten versehen (Goebbels, Sauckel, Koch, Lohse, J. Wagner, Bürckel, Terboven usw.). Warum? Waren dafür bestimmte, „erfolgreiche“ regionale Herrschaftspraxen ausschlaggebend, die die betreffenden NS-Gauleiter für ihre späteren Sonderfunktionen qualifizierten, oder reichte ein enges Verhältnis zu Hitler, um weitere Befugnisse zu erhalten? Was bedeutete es für die Heimat-Gaue, wenn der jeweilige Gauleiter weitere Kompetenzen an sich ziehen konnte? ‚Vernachlässigten‘ sie ihre Heimat-Gaue oder statteten sie sie umgekehrt z. B. mit bestimmten Ressourcen bevorzugt aus? Wie reagierten die anderen NS-Gauleiter, wenn ihre Kollegen mit den neuen Funktionen (z. B. Sauckel als „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ oder Josef Wagner als Reichspreiskommissar) in allen Gaue Kompetenzansprüche anmeldeten? Wie entwickelte und verschob sich die Hierarchie unter den NS-Gauleitern?

#### IV. Informalisierung der Politik

Das NS-Herrschaftssystem war hochgradig personalisiert. Personalisierung, außerdem der Verzicht auf die dauerhafte rechtsförmige Fixierung zwischenbehördlicher Arbeitsteilung sowie schließlich das von Trischler bzw. Rebentisch und Teppe herausgearbeitete, allerdings bedeutungssoffene Prinzip der „Menschenführung“<sup>37</sup> hatten

---

<sup>36</sup> Vgl. zur Energiewirtschaft: Stier, Bernhard: Staat und Strom. Die politische Steuerung des Elektrizitätssystems in Deutschland 1890–1950. Ubstadt-Weiher 1999, S. 482ff., sowie Stier, Bernhard: Nationalsozialistische Sonderinstanzen in der Energiewirtschaft. Der Generalinspektor für Wasser und Energie 1941–1945, in: Hachtmann, Rüdiger/Süb, Winfried: Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur. Göttingen 2006. S. 138–158, bes. S. 147ff. Zum Reichskohlenkommissar: Priemel, Kim Christian: Die Macht der Syndikate. Das Scheitern des Reichskohlenkommissars 1940/41 und die deutsche Kohlenwirtschaft, in: Hachtmann/Süb: Hitlers Kommissare, S. 159–182, bes. S. 160ff.

<sup>37</sup> Während das „Führerprinzip“ auf eine tendenziell absolutistische und schroff hierarchische Struktur von Herrschaft (System klarer Befehlswege, mit strikter Über- und Unterordnung) zielt,

zur Folge, dass seit 1933 die klassisch-staatliche, d. h. relativ strikt formalisierte, „bürokratische“ Verwaltung mit klaren administrativen überpersönlichen Amtswegen an Bedeutung verlor. Es kam zu einer stärkeren *Informalisierung* der „Politik“ sowie einer sukzessiven Änderung der Kommunikationsregeln. Antibürokratische Affekte der führenden Nationalsozialisten verstärkten diesen Trend. Allerdings – das ist wichtig mit Blick gerade auch auf die regionale und lokale Ebene – verschwanden keineswegs alle der seit langem eingespielten „Kanäle“. In Phasen der Veralltäglichen charismatischer Politik oder auch vor dem Hintergrund bestimmter Sachzwänge konnten eingespielte Verwaltungen und traditionelle Bürokratien sogar wieder an Bedeutung gewinnen. Namentlich während der zweiten Hälfte des Krieges wäre die deutsche Gesellschaft angesichts der zunehmend häufigeren und effizienteren Luftangriffe sehr viel rascher im Chaos versunken, hätten die etablierten Kommunalverwaltungen nicht weiterhin vorzüglich funktioniert.<sup>38</sup>

Das ändert jedoch nichts daran, dass mit den Wandlungen der Kommunikationsregeln und -stile in der politischen Sphäre auch in traditionelle Behörden Elemente charismatischer Herrschaft implementiert wurden. Diese Elemente müssen freilich in ihrer Qualität und in ihrer Eindringtiefe in die überkommenen Verwaltungen, die ihrerseits ja ein erhebliches Beharrungsvermögen an den Tag legen konnten, im einzelnen noch genauer bestimmt werden. Wichtig ist dieser Aspekt nicht zuletzt deswegen, weil die Spitzenfunktionäre der Diktatur, auch die Sonderkommissare, sich häufig ja bestehende Behörden unterwarfen und diese für eigene Zwecke einsetzten. Vor allem auf der lokalen und regionalen Ebene stellt sich dann z. B. die Frage, inwieweit etwa die Landesarbeitsämter und die örtlichen Arbeitsämter sukzessive neue Formen der Verwaltungspraxis entwickelten, nachdem sie im Frühjahr 1942 aus der Kompetenz des Reichsarbeitsministeriums herausgenommen, dem neuen „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel unterstellt und 1943 von diesem mit den Reichstreuhändern der Arbeit vereint wurden.<sup>39</sup>

Die Implementierung neuer charismatischer Elemente in traditionelle Verwaltungen konnte auf unterschiedlichen Ebenen geschehen: erstens über die „Verpflich-

---

impliziert „Menschenführung“ einen bestimmten Persönlichkeitstypus (mit charismatischen Elementen), der sich nach dem Prinzip der Auslese kämpferisch durchsetzt. Vgl. Rebentisch, Dieter/Teppe, Karl: Einleitung, in: Rebentisch, Dieter/Teppe, Karl (Hrsg.): *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*. Göttingen 1986, S. 7–32, bes. S. 23–32; ferner Rebentisch: *Führerstaat und Verwaltung*, bes. S. 18, 31, 536; Rebentisch: *Verfassungswandel*, S. 145. Dass das Konzept der „Menschenführung“ keineswegs nur eine Eigenart des NS-Regimes war, sondern in verschiedenen Varianten schon vor 1933 und zwar in zahlreichen hochindustrialisierten Ländern namentlich unter Arbeitgebern, in industrienahen Kreisen sowie unter Technikern starke Resonanz fand, hat besonders Trischler, Helmut: *Führerideal und die Formierung der faschistischen Bewegungen. Industrielle Vorgesetztenschulung in den USA, Großbritannien, der Schweiz, Deutschland und Österreich im Vergleich*, in: *HZ* 251 (1990), S. 45–88, bes. S. 49, 59, 62, 66–87, betont.

<sup>38</sup> Vgl. hierzu namentlich die Aufsätze und Monografien von Bernhard Gotto und Dietmar Stüb.

<sup>39</sup> Vor allem für die Kriegsjahre steht zu vermuten, dass die politische Praxis auch der (ursprünglich) traditionellen Behörden einen zunehmend „maßnahmenstaatlichen“ Charakter annahm – in den von Fraenkel in seinem „Doppelstaat“ entwickelten Kategorien zur Herrschaftspraxis des NS gesprochen.

tung des Beamtenkörpers auf ideologiekonforme Verhaltensweisen“.<sup>40</sup> Wichtiger ist zweitens, dass das Prinzip der Konkurrenz auch die traditionellen Verwaltungen in den Sog der charismatisch-aufgeladenen Polykratie hineinriss. „Um nicht völlig ausgeschaltet zu werden und jeglichen Einfluss zu verlieren, folgten die [klassisch-]staatlichen Behörden dem Regime auf der Bahn der fortschreitenden Radikalisierung“, so Rebentisch in seiner grundlegenden Studie zur Verwaltung unter dem Nationalsozialismus. Abgerundet wurde die ‚charismatische Zersetzung‘ traditioneller Bürokratien drittens durch „ganze Serien bevorzugter, gegen die Laufbahnvorschriften und Regelfristen verstoßenden“, eben nach charismatischen Kriterien erfolgten Beförderungen.<sup>41</sup>

Hinzu traten neue Formen des Networkings: Obgleich überkommene (formelle) Gremien weiter bestanden, stand das Knüpfen neuer und das Festzurren alter informeller Netzwerke im Zentrum des Handels der politischen Akteure auf den Spitzenebenen des Regimes.<sup>42</sup> Dies schon deshalb, weil sich neue Spielräume manchmal ziemlich plötzlich öffnen konnten und vor allem die führenden, in der Weimarer Kampfzeit sozialisierten NS-Funktionäre darauf erpicht waren, diese für sich und eigene Machtambitionen zu nutzen. Göring, Goebbels, Himmler und Ley, aber auch zahlreichen NSDAP-Gauleiter stehen für eine atemlose, das NS-Herrschaftssystem ungemein dynamisierende Kompetenzwut, für eine, die charismatisch-polykratischen Herrschaftsträger charakterisierende Leidenschaft, auf ‚tausend Hochzeiten‘ zu tanzen. Dies ging nur schwer auf den herkömmlichen, zeitaufwendigen, wenig elastischen Verwaltungswegen, sondern sehr viel besser über informelle Beziehungen und neue quasi-staatliche Kommunikationsforen und Koordinationsgremien. Politik wurde an neuen Orten als bisher gemacht und über neue, elastischere Kanäle ausgeübt.

---

<sup>40</sup> Rebentisch: *Führerstaat und Verwaltung*, S. 535. Der Begriff „Verpflichtung“ ist hier freilich problematisch und tendenziell apologetisch, weil er die häufig enthusiastische Selbstmobilisierung der Beamten für die Ziele des Regimes ausblendet. Die Selbstmobilisierung von Verwaltungsbeamten und -angestellten wiederum wird durch das Schlagwort „dem Führer entgegenarbeiten“ (Willikens/Kershaw) nicht vollständig erfasst, da dabei z. B. ein dem „Führermythos“ vorgelagerter Nationalismus als zentraler Antriebsmotor für individuelles Engagement ausgeblendet bleibt.

<sup>41</sup> Ebd., S. 543 bzw. S. 545.

<sup>42</sup> Der hohe Stellenwert von Netzwerken – und folglich Netzwerkanalysen – für die ‚Konstruktion‘ von Gesellschaften und Herrschaftseliten ist in den der Geschichte benachbarten Wissenschaftsfeldern (Soziologie, Sozialethnologie etc.) seit längerem anerkannt. Vgl. zur Einführung: Schweizer, Thomas: *Muster sozialer Ordnung. Netzwerkanalyse als Fundament der Sozialethnologie*. Berlin 1996, bes. S. 111–152; Jansen, Dorothea: *Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Opladen 1999, bes. 11–43. Für die zeithistorische, insbesondere die NS-Forschung, gilt dies bisher nur sehr begrenzt. Eine wichtige Studie zu den wirtschaftselitären Netzwerken der Zwischenkriegszeit ist: Fiedler, Martin/Lorentz, Bernhard: *Kontinuitäten in den Netzwerkbeziehungen der deutschen Wirtschaftselite zwischen Weltwirtschaftskrise und 1950. Eine quantitative und qualitative Analyse*, in: Berghahn, Volker R./Unger, Stefan/Ziegler, Dieter (Hrsg.): *Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Modernität*. Essen 2003, S. 51–74. Namentlich in der Wissenschaftsgeschichte ist die Bildung von interdisziplinären, elastisch agierenden wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften (keineswegs nur des Reichsforschungsrats) in jüngster Zeit genauer erforscht worden. Zu den Netzwerken in der Rüstungsforschung vgl. insbesondere: Maier, Helmut: *Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900–1945/48*. Göttingen 2007. Zu Netzwerken in der Wissenschaftspolitik bis 1945: Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement*.

## V. Interinstitutionelle Kommunikations- und Koordinationsforen

Verknüpfungen zwischen den Herrschaftssäulen und die für politische Praxis unabhingbaren Kompromisse und Bündnisse zwischen den zentralen Entscheidungsträgern wurden nicht allein über Personalunionen und auch nicht nur über „Vereinbarungen“ zwischen den Spitzenfunktionären des NS-Regimes hergestellt. *Personalunionen*, also das Phänomen, dass z. B. Göring nicht nur preußischer Ministerpräsident und Reichsjägermeister war, sondern ein riesiges Luftfahrtimperium aufbaute und seit der Verkündung des „Vierjahresplans“ zeitweilig zu einem „Wirtschaftsdiktator“ aufstieg, außerdem wissenschaftspolitisch höchst einflussreich war und u. a. nominell seit Mitte 1942 dem Reichsforschungsrat als Präsident vorstand, waren für die Verklammerung der Herrschaftssäulen der Hitlerdiktatur zweifelsohne wichtig. Von mindestens ebenso großer Bedeutung waren die zahlreichen formellen oder auch informellen *Vereinbarungen* zwischen den Spitzen des Regimes, wie sie z. B. Robert Ley mit seinen politischen Kontrahenten Hierl, Darré, Conti, Seldte, v. Schirach, Goebbels, Rosenberg, Lutze, Schwarz, Sauckel, Himmler und Speer schloss.<sup>43</sup> Derartige Vereinbarungen hatten als Koordinationsprinzip zwischen den Spitzen der NS-Bewegung bereits während der „Bewegungszeit“ der Weimarer Republik Anwendung gefunden.<sup>44</sup> Sie waren jedoch nur Absichtserklärungen, die über die konkrete Kooperation wenig aussagen. Zudem wurden sie faktisch rasch aufgekündigt, wenn eine Seite glaubte, politisch Oberwasser zu erlangen. Personalunionen wiederum erlauben keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die tatsächlichen Verzahnungen von Institutionen und Herrschaftssäulen. Über die konkreten Praxen der Kooperationen sagen sie gleichfalls nichts aus – ganz abgesehen davon, dass weite Teilbereiche des NS-Herrschaftssystems auch ohne Vereinbarungen zwischen den Paladinen des „Führers“ und ohne Personalunionen funktionierten.

Neben Personalunionen und Vereinbarungen besaßen interinstitutionelle Koordinationsgremien, formelle oder informelle „Querverbünde“ eine Schlüsselfunktion für die „Verschaltung“ der verschiedenen Herrschaftssäulen der NS-Diktatur.<sup>45</sup> Ihre Bedeutung ist in den letzten Jahren vor allem für die Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitikgeschichte unter dem Nationalsozialismus herausgearbeitet worden. Ergebnis dieser Forschungen ist, dass die Forschungsproduktion auf zahlreichen Wissenschaftsfeldern während des „Dritten Reiches“ enorm innovativ und die Wissenschaftspolitik zumindest in wichtigen Teilbereichen ausgesprochen effizient gewesen ist. Für diese wissenschaftliche Effizienz – die wesentlich dazu beitrug, dass das NS-Regime gegen Staaten mit einem haushoch überlegenen ökonomischen Potenzial einen Krieg überhaupt so lange durchstehen konnte – war nicht allein, aber

---

<sup>43</sup> Vgl. Hachtmann, Rüdiger (Hrsg.): Ein Koloß auf tönernen Füßen. Das Gutachten des Wirtschaftsprüfers Karl Eicke über die Deutsche Arbeitsfront vom 31. Juli 1936. München 2006, S. 372ff. (Anhang: Chronologie der Geschichte der DAF 1933 bis 1945).

<sup>44</sup> Vgl. Reichardt: Faschistische Kampfverbände, S. 195.

<sup>45</sup> Wichtig wäre es in diesem Kontext, die Formen sowohl der institutionellen Verknüpfungen als auch der informellen Querverbünde zu typologisieren. Dies würde freilich den Rahmen des vorliegenden Aufsatzes sprengen. Die Begriffe „Querverbünde“ und „Verschaltung“ (ein der Elektrotechnik entlehnter Terminus) gehen auf den Wissenschaftshistoriker Helmut Maier zurück. Ihm bin ich wegen zahlloser Diskussionen über die Grundstrukturen der NS-Wissenschaftspolitik zu Dank verpflichtet.

doch wesentlich eine Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften und Ausschüssen teils förmlichen, teils informellen Charakters verantwortlich, die (wie gesagt) an ältere, namentlich in den Technikwissenschaften ausgebildete Traditionen anknüpfen konnten.<sup>46</sup>

Fritz Todt, der Heros der nationalsozialistischen Ingenieure, und sein Nachfolger Albert Speer weiteten dieses System unter dem Primat der Kriegführung auf große Bereiche der Wirtschaft aus und machten es zu einem entscheidenden Instrument, durch das Militär, Industrie und Wissenschaften zu einem eng verzahnten Komplex wurden. Ähnliche Initiativen ließen sich bereits während des Ersten Weltkriegs beobachten; sie gingen während des Ersten Weltkrieges von Albert Vögler – dem wohl bedeutendsten deutschen Industriemanager und Wissenschaftspolitiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts<sup>47</sup> – aus, der im Februar 1942 zum engsten Berater des frisch gekürten Rüstungsminister Speer wurde.

Wichtig ist in diesem Kontext, dass ein vergleichbares System formeller wie informeller Koordinations- und Kommunikationsforen während des „Dritten Reiches“ offensichtlich auch innerhalb der im engeren Sinne politischen Sphäre einen hohen Stellenwert besaß. Sie dürften einen gut Teil dazu beigetragen haben, die polykratischen Säulen des NS-Herrschaftssystems zu verklammern und (paradox formuliert) gleichzeitig hochbeweglich zu halten. Eine offenbar zentrale Rolle spielten in diesem Kontext die regionalen Fürsten des NS-Herrschaftssystems, die NSDAP-Gauleiter, und ihre bis 1944 durchgeführten Treffen.<sup>48</sup>

Diese Gauleiter-Tagungen wurden von 1925 bis 1944 mit tendenziell steigender Häufung durchgeführt. Zu ihnen luden seit 1933 neben Heß zunächst häufiger auch Ley, seit 1937/38 dann ausschließlich Heß und Bormann ein. Insgesamt trafen sich die NSDAP-Gauleiter zwischen 1933 und Kriegsbeginn, also innerhalb von sechseinhalb Jahren, 27 mal auf derartigen Tagungen; allein von Anfang 1940 bis Ende 1944, also innerhalb von vierinhalb Jahren, fanden sich die NS-Gauleiter zu insgesamt 19

---

<sup>46</sup> Zum Reichsforschungsrat, den Forschungs- bzw. Industrieräten der einzelnen Wehrmachtsteile oder zu den informellen Kommunikationsforen wie die „Deutsche Akademie für Luftfahrtforschung“, die Lilienthalgesellschaft oder die sogen. Krauch-Akademie, in der der IG-Farben-Aufsichtsratsvorsitzende und Chef des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“ Carl Krauch führende Wissenschaftler, führende Militärs und führende Industrielle zusammenbrachte – um nur die bekanntesten zu nennen – vgl. Maier: *Forschung als Waffe*, bes. Kapitel 1; Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement*.  
<sup>47</sup> Vgl. Maier: *Forschung als Waffe*, bes. Kapitel 1; Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement*.

<sup>48</sup> Besonders aufschlussreich ist hier ein Aufsatz, den Martin Moll 2001 – im Anschluss an Bemerkungen Rebentischs – unter dem Titel „Steuerungsinstrument im „Ämterchaos““ publiziert hat, dessen wichtigste Ergebnisse hier kurz referiert werden sollen. Rebentisch sprach 1985 von den Gauleitertagungen als einem „dem Führungsstil Hitlers und der nationalsozialistischen Herrschaft angemessenen Steuerungsinstrument“. Vgl. Rebentisch, Dieter: *Reichskanzlei und Partei-Kanzlei im Staat Hitlers*. Anmerkungen zu zwei Editionsprojekten und zur Quellenkunde der nationalsozialistischen Epoche, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 25 (1985), S. 611–633, hier S. 628f. So wie Rebentisch diese Bemerkung hat auch Moll den Titel seines Aufsatzes mit einem Fragezeichen versehen – ein Hinweis darauf, dass dieses Steuerinstrument noch eingehender Analysen bedarf. Erwähnt werden die Gauleitertagungen außerdem von Ziegler: *Gauleiter in Bayern*, S. 435, bzw. Ziegler: *Gaue und Gauleiter*, S. 147.

Tagungen zusammen.<sup>49</sup> Besonderes Gewicht besaßen diese Treffs nicht zuletzt deshalb, weil die Gauleiter selbst anwesend sein mussten. Stellvertreter durften ausdrücklich nur wenige, besonders belastete Gauleiter mit politisch-staatlichen Doppelfunktionen schicken (Goebbels und Rust, im Krieg außerdem Terboven und vermutlich auch Sauckel).

Was passierte auf diesen Gauleiter-Tagungen? Erstens wurden die NSDAP-Gauleiter von hochkarätigen Rednern mit höchsten Funktionen in Partei und Staat über die jeweils aktuellen Absichten und Pläne eingehend und ungeschminkt informiert.<sup>50</sup> Ihnen wurden schonungslos gerade auch die für das NS-Regime schlechten Informationen präsentiert.<sup>51</sup> Referenten gaben „unumwunden gravierende eigene Versäumnisse zu“.<sup>52</sup> Bei der Lektüre des Aufsatzes von Moll drängt sich der Eindruck auf, als seien die Gauleiter-Tagungen die Bühne gewesen, auf der die Spitzenfunktionäre des Regimes Rechenschaft ablegen mussten – vor einem Publikum, das vor harschen Interventionen nicht zurückscheute und sich durch große Namen nicht beeindrucken ließ. Es kam – so Goebbels z. B. über eine Gauleiter-Tagung vom 21. Juni 1943 – „zu ausgedehnten Diskussionen auf hohem Niveau und zur Erörterung zahlreicher praktischer Vorschläge“. Speer etwa provozierte mit einem Vortrag Anfang Oktober 1943 „lautstarke Diskussionen“.<sup>53</sup> Bereits im Mai 1940 gingen eine Reihe von Gauleitern Himmler, der in einem Hauptvortrag über die „rassische Flurbereinigung“ in Polen referiert hatte, scharf an, weil ihnen die Abschiebung der Juden nicht rasch genug vorstatten ging.<sup>54</sup> Darüber hinaus boten die Gauleiter-Tagungen Gelegenheit, Vieraugengespräche zu führen bzw. im kleineren Kreis Intrigen auszuhecken,<sup>55</sup> und Ansatzpunkte für die Pflege und Ausbildung weiterer Netzwerke.

Aufschlussreich ist zudem, dass Tagungstermine und Tagungsorte zumindest in einigen Fällen nicht ‚von oben‘ – etwa durch Heß – oktroyiert, sondern quasi auto-

---

<sup>49</sup> Vgl. Moll, Martin: Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“? Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP, in: *VfZ* 49 (2001), S. 215–273, bes. S. 223–229. Zur ‚Vorgeschichte‘ der Gauleiter-Treffen in der „Bewegungsphase“ vgl. ebd., S. 220f.

<sup>50</sup> Zu den Themen der Hauptreferate – allesamt von hochkarätigen Funktionären des Regimes vorgetragen – vgl. (bis Anfang 1939) ebd., S. 227 und (für die Zeit des Krieges:) S. 231ff., 244. Bemerkenswert ist, dass manche Spitzenvertreter des Regimes sich geradezu danach drängten, vor dem Auditorium der versammelten Gauleiter vorzutragen zu dürfen – um so ihren Konzepten und der eigenen Position mehr Rückhalt zu verschaffen. Vgl. (exemplarisch für den Reichsjustizminister Otto Thierack) ebd., S. 246f.

<sup>51</sup> So informierte Hitler selbst seine Gauleiter noch vor dem Kriegseintritt der USA und dem definitiven Ende der Schlacht um Moskau darüber, dass die Phase der Blitzkriege fürs erste zu Ende sei und der Krieg noch lange dauern könne. Vgl. Fröhlich, Elke (Hrsg.): *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*. Teil 2: Diktate 1941–1945. Band 2. München 1993–1996, S. 262ff., sowie Moll: *Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“*, S. 238.

<sup>52</sup> So z. B. Generalfeldmarschall Milch Anfang Okt. 1943 bzw. der Chef des Wehrmachtführungsstabes Jodl einen Monat später. Nach: Moll: *Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“*, S. 256, 259.

<sup>53</sup> Zitate: Fröhlich: *Tagebücher von Joseph Goebbels*. Teil 2. Band 8, S. 507ff. (22. Juni 1943) bzw. Band 10, S. 71 (7. Okt. 1943). Vgl. auch Moll: *Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“*, S. 254, 256, 259.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 232.

<sup>55</sup> Moll spricht zurückhaltend von „permanenter Gelegenheit zum Gedankenaustausch in Zweiergesprächen oder kleinen Gruppen“ und verweist u. a. auf Bemerkungen der Beteiligten, „man habe über eine Unmenge von Themen gesprochen“. Ebd., S. 248, 270.

nom von den Gauleitern festgelegt wurden. Bemerkenswert ist ferner, dass der „Stellvertreter des Führers“ beim Entscheid über mindestens einzelne, politisch wichtige Fragen erst die Diskussion auf der nächsten Gauleiter- bzw. Reichsleitertagung abwarten wollte.<sup>56</sup> Einzelne Gauleiter bezeichneten in ihren Erinnerungen die Treffs als „regelrechtes Konklave“, die auch die regionale Politik maßgeblich geprägt hätten.<sup>57</sup> Kurz und gut: Die Gauleiter-Tagungen waren keine „inhaltsleeren Akklamationsveranstaltungen“ (Hans Mommsen);<sup>58</sup> ihnen lag keineswegs nur das „Bedürfnis nach Selbstvergewisserung über den Kurs und die Parolen propagandistischer Mobilisierung“ (Dieter Rebentisch) und „moralischer Aufmunterung“ (Walter Ziegler)<sup>59</sup> zugrunde. Sie bildeten vielmehr ein „Forum echter und kontinuierlicher Kommunikation“ und ein zentrales „Koordinationsinstrument des Regimes“ (Martin Moll).<sup>60</sup> Sie ersetzten als Element relativ kontinuierlicher politischer Koordination zwischen hohen und höchsten Funktionsträgern des NS-Regimes die seit 1934 immer selteneren Kabinetts-Sitzungen.<sup>61</sup> Aber nicht nur das. Darüber hinaus dienten die Gauleiter-Tagungen der internen Konsensbildung zentraler Entscheidungsträger des Regimes. Sie fungierten als politischer Kitt, der die auseinanderdriftenden Herrschaftssäulen und regionalen Fürstentümer immer wieder von neuem zusammenbrachte, und waren in der Tat ein „Lebenselixier“ (Rebentisch) – allerdings nicht nur „der Partei“,<sup>62</sup> sondern überhaupt der mit der NSDAP und der NS-Bewegung untrennbar verflochtenen ‚Neuen Staatlichkeit‘ der Hitlerdiktatur.

Die Gauleitertreffen waren nicht die einzigen interinstitutionellen Kommunikationsforen. Neben Ley, Heß und Bormann – die namens der Parteispitze die Gauleitertreffen einberiefen – initiierten auch andere hohe staatliche Funktionsträger Tagungen der regionalen Spitzen der Partei. So berief z. B. Schacht 1936 auf

---

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 224. Wie wichtig auch Hitler diese Gauleiter-Tagungen und seine Teilnahme daran waren, lässt sich u. a. an dem Tatbestand ablesen, dass er ihretwegen (1937) eine Sitzung des Reichskabinetts verschieben ließ. Unklar ist allerdings, an wie vielen Gauleiter-Tagungen Hitler selbst teilnahm (ebd., S. 226). Während des Krieges „bürgerte sich ein“, dass die Teilnehmer im Anschluss an die Tagung schließlich vom „Führer“ empfangen wurden.

<sup>57</sup> So nach 1945 der ehem. NS-Gauleiter Hermann Lauterbach, nach: ebd.

<sup>58</sup> Mommsen, Hans: Die NSDAP. Typus und Profil einer faschistischen Partei, in: Dipper, Christof/Hudemann, Rainer/Petersen, Jens (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag. Köln 1998, S. 23–35, hier S. 28; ähnlich: Ziegler: Gaue und Gauleiter, S. 147 („Appelle zum Durchhalten und Befehlsempfang“). Dagegen: Moll: Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“, S. 224f.

<sup>59</sup> Rebentisch: Reichskanzlei und Partei-Kanzlei, S. 628; Ziegler: Gauleiter in Bayern, S. 635.

<sup>60</sup> Moll: Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“, S. 229, 270, 273. Rebentisch spricht von „Elementen politischer Koordination“, die allerdings nur „beigemischt“ worden seien. Rebentisch: Reichskanzlei und Partei-Kanzlei, S. 628. Zu Recht weist Rebentisch (S. 629) darauf hin, dass die Gauleiter-Tagungen nicht mit dem faschistischen Großrat zu verwechseln seien. Sie waren weder verfassungsrechtlich noch auf andere Weise institutionalisiert; zudem war Hitlers Stellung weit ‚absolutistischer‘ als die Mussolinis, seine Absetzung durch die Gauleiter wäre undenkbar gewesen. Seiner Effizienz als herrschaftsinterner Koordinationsinstanz dürfte diese andere Stellung der Gauleiter-Treffen jedoch keinen Abbruch getan haben.

<sup>61</sup> Vgl. ebd.

<sup>62</sup> Rebentisch: Reichskanzlei und Partei-Kanzlei, S. 628. Rebentisch korrigiert sich auf der folgenden Seite selbst, wo er eine „Rückwirkung“ der Gauleitertagungen auch „auf die Regierungsgeschäfte“ konstatiert, da viele der Gauleiter als Oberpräsidenten, Reichsstatthalter und schließlich Reichsverteidigungskommissare mit den Rudimenten klassischer Staatlichkeit verkoppelt gewesen seien.

eigene Faust ein Treffen derjenigen Gauleiter ein, die gleichzeitig das Amt des Reichsstatthalters oder Oberpräsidenten wahrnahmen. Göring brachte Anfang Mai 1942 die NSDAP-Gauleiter zusammen, um mit ihnen die desolante Ernährungslage zu diskutieren.<sup>63</sup> Die Sitzungen der von Ley ins Leben gesetzten Reichsarbeitskammer waren gleichfalls Kontaktbörsen. Moll verweist außerdem allgemein auf das „stark ausgebildete Tagungswesen auf allen Ebenen von Staat, Wehrmacht, Partei und SS“<sup>64</sup> – das in seinen ganzen Verästelungen und seinen Wirkungen noch genauer auszuloten wäre. Ein ganz ähnliche, überregional koordinierende Funktion dürften auch traditionelle Gremien wie der Deutsche Gemeindetag, der Deutsche Industrie- und Handelstag und vergleichbare Einrichtungen besessen haben.

Hinzu traten weitere informelle Kommunikationsforen, denen man eine herrschaftskordinierende Funktion auf den ersten Blick nicht ansieht. Zu ihnen gehörte z. B. der „Club von Berlin“, in dem sich die reichsdeutsche Wirtschaftselite, aber auch Prominenz aus Politik und Militär trafen,<sup>65</sup> der „Aeroklub von Deutschland“, den Göring zu einer Lobbyistenvereinigung machte, in der alles versammelt war, was in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Rang und Namen hatte,<sup>66</sup> die „Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums“, kurz: „Deutsche Akademie“, die namentlich über ihre „Donnerstagsfrühstücke“ gleichfalls zahlreiche einflussreiche NS-Spitzenfunktionäre, Ministerialbeamte, Wissenschaftler und Industrielle anzog,<sup>67</sup> und zahlreiche andere, ähnliche Gesellschaften. Selbst Organe, bei denen man dies nicht vermuten sollte, z. B. der Senat und der Verwaltungsausschuss bzw. Präsidenten-Beirat der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ (KWG), versammelten die prominentesten Wirtschaftsführer der zwanziger und dreißiger Jahre, die Spitzen der Ministerialbürokratie sowie (seit 1933) NS-

---

<sup>63</sup> Moll: Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“, S. 223, 228.

<sup>64</sup> Ebd., S. 273.

<sup>65</sup> In der Zwischenkriegszeit kam diesem von der Forschung bisher nicht beachteten „Club von Berlin“ die höchste Zentralität in dem vielerästelten Beziehungsnetz der deutschen Industriellen und Bankiers zu, weit vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie, dem Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, dem Zentralausschuß der Reichsbank, dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie, der Akademie für Deutsches Recht sowie den Aufsichtsräten und Hauptversammlungen sämtlicher deutscher Großunternehmen. Vgl. Fiedler/Lorentz: Netzwerkbeziehungen, S. 65, Tabelle 6 (Broker-Funktion von Treffpunkten). Darüber hinaus – und in der Analyse von Fiedler/Lorentz (die den Club selbst nicht thematisieren) nicht berücksichtigt – verkehrten in diesem Club vor wie nach 1933 prominente ‚Kulturschaffende‘ unterschiedlichster Couleur, hochrangige Militärs und politische Entscheidungsträger, ein Aspekt, der die Attraktivität dieses Clubs für die deutsche Wirtschaftselite zwischen 1919 und 1939 wesentlich erklärt. Vgl. dazu die Hinweise in: Hachtmann: Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“, S. 167ff, 1263f.

<sup>66</sup> Vgl. Hachtmann, Rüdiger: Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“. Berlin 2004, S. 33ff.

<sup>67</sup> Allein die Namen der Redner, die auf diesem Forum nationalsozialistischer „Deutschtums“-Propaganda auftraten, sind beeindruckend. Zu ihnen gehörten etwa die NSDAP-Gauleiter Jakob Sprenger, Fritz Sauckel, Hubert Klausner, Gustav Adolf Scheel und Arthur Greiser, außerdem Roland Freisler und weitere damals prominente Persönlichkeiten wie Friedrich Syrup, Ernst Wagenmann, Gottfried Feder, Albert Pietzsch, Hermann Esser, Walther Funk, Leonardo Conti, aber auch Ferdinand Sauerbruch u. a. prominente Wissenschaftler. Vgl. die Hinweise bei: Hachtmann: Wissenschaftsmanagement, S. 717f.

Spitzenfunktionäre;<sup>68</sup> beide Gremien boten Gelegenheiten, sich auch über andere interessierende Dinge als über Wissenschaftspolitik im engeren Sinne auszutauschen.<sup>69</sup> Indizien weisen darauf hin, dass der Kommunikationsrahmen KWG von hohen NS-Herrschaftsträgern genutzt wurde, sich auch politisch unmittelbar zu vernetzen.<sup>70</sup> Vergleichbare Institutionen, die einen Rahmen für intensive Kommunikation boten, existierten zuhauf: neben den genannten die Akademie für Deutsches Recht, die Reichsbank, der „Verband der Deutschen Eisenhüttenleute“ usw.

Die Vernetzung der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Funktionsträger über solche formellen wie informellen Netzwerke ist bisher nicht ansatzweise ausgeleuchtet. Viele dieser Vereine, Klubs, Gremien usw., die zugleich als herrschaftsinterne Koordinationsorgane und Kommunikationsrahmen fungierten, sind nicht einmal dem Namen nach bekannt. Würde man dieses Geflecht an Netzwerken genauer ausleuchten, ergäben sich zahllose Kommunikationsstränge, die das Defizit an förmlicher, traditional-bürokratischer Koordination mindestens ausgeglichen haben dürften, aufgrund ihrer ‚Informalität‘ methodisch freilich nur schwer ‚greifbar‘ sind.

Über die Gauleiter-Treffen, den Deutschen Gemeindetag und andere Koordinationsforen wurden nicht zuletzt die regionalen Politiken kommuniziert. Auch hinter dieser Feststellung stehen freilich mehrere Fragen, die sich nur durch regionale und lokale Mikrostudien beantworten lassen. Mit Blick allein auf die NS-Gauleitertreffen: In welchem Maße koordinierten die Gauleiter im angedeuteten institutionellen wie informellen Rahmen ihre Politik mit ihren Gauleiter-Kollegen? Wie quasi ‚verbindlich‘ waren die auf den Gauleiter-Treffen gefassten informellen ‚Beschlüsse‘? Wie

---

<sup>68</sup> Neben einflussreichen Industriellen wie A. Vögler, G. Krupp, C. Krauch, E. G. v. Stauss oder F. Thyssen gehörten dem Senat bzw. Verwaltungsausschuss (seit 1937: Präsidenten-Beirat der KWG) einflussreiche Repräsentanten der Wehrmacht und politische Entscheidungsträger an, wie E. Milch, H. Backe, W. Groß, K. Fiehler, R. Mentzel usw.

<sup>69</sup> Hinzuweisen ist außerdem u. a. auf die zahlreichen Veranstaltungen im Berlin-Dahlemer Harnack-Haus der KWG, zu denen neben Journalisten und Wissenschaftlern gezielt auch politische Entscheidungsträger und Militärs eingeladen wurden. Den Vorträgen – und seit 1940 auch Film-Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Goebbels-Ministerium – schlossen sich ungezwungene Herrenabende an, die Gelegenheit zu vielfältiger Kontaktpflege boten. Ausführlich hierzu: Hachtmann: Wissenschaftsmanagement, S. 186–190, 487–494, 729–741, 784.

<sup>70</sup> So suchte der seit 1937 amtierende Generalsekretär der KWG Ernst Telschow am 18. April 1944 in einem „persönlichen“ Schreiben an Herbert Backe, Reichsernährungsminister und ‚starker Mann‘ der europäischen NS-Agrarwirtschaft, diesen, Albert Speer sowie Albert Vögler, den Lenker der Vereinigten Stahlwerke, zu diesem Zeitpunkt seit knapp drei Jahren KWG-Präsident sowie engster Berater Speers, zu einem mündlichen Gedankenaustausch zusammenzubringen, in der erklärten Absicht, einer Art technokratischem Nationalsozialismus zum „Erfolg“ zu verhelfen. In: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nr. 888/4. Ob und wie oft es zu solchen Treffen kam (oder ob sie angesichts der sich überschlagenden politisch-militärischen Ereignisse und einer zusammenbrechenden Verkehrsinfrastruktur nicht mehr zustande kamen) ist unklar. Aus naheliegenden Gründen wurden Termine oder gar Ergebnisse solcher Diskussionen nicht verschriftlicht. Möglicherweise wurde später auch der Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk hinzugezogen. Hitler war über derartige Treffen jedenfalls „so verärgert, dass er die ‚defaitistischen Clubabende‘ durch Bormann verbieten ließ.“ Vgl. Hachtmann: Wissenschaftsmanagement, S. 1000f., Anm. 223; außerdem Fest, Joachim: Speer. Eine Biographie. Frankfurt a.M. 2001, Zitat: S. 317; Speer, Albert: Erinnerungen. Frankfurt a.M. u.a. 1976, S. 422; Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts. Stuttgart/Tübingen 1951, S. 302.

stark prägten die verschiedenen interinstitutionellen Kommunikationsforen die regionale Politik? In welchem Spannungsverhältnis stand das Prinzip informeller Kollegialität, das die Gauleiter-Treffen mittelbar verkörperten, und das für den Nationalsozialismus konstitutive Führerprinzip?

## VI. Schlussbemerkung

Die verschiedenen Fäden, die ich geflochten habe, sollen nicht gewaltsam zu einer kompakten Schlussbemerkung verknötet werden. Statt dessen seien weitere Fragen aufgelistet, die mit den vorstehenden Ausführungen nicht beantwortet wurden und für die NS-Regionalgeschichte besondere Relevanz besitzen: Wie vertrug sich die Tendenz zur „Verreichlichung“ und Zentralisierung über das Institut der Sonderkommissare mit der gleichzeitigen Regionalisierung und Personalisierung der Herrschaftsträger und wohl auch der politischen Entscheidungsfindungen? Die quasi vertikalen „charismatischen Verwaltungsstäbe“, die von einer Zentrale gelenkt wurden, aber selbstverständlich auch ihre regionalen und lokalen Filialen besaßen, prägten das NS-System. Bereits Hitlers Wort von den „Vizekönigen“ verweist jedoch darauf, dass die Regionen eine weitere, dazu tendenziell quer liegende, horizontale Differenzierungslinie bildeten. Das führt gleich zu mehreren Fragen: Wie stark konfigurierten vertikale „charismatische Verwaltungsstäbe“ der NS-Organisationen<sup>71</sup> bzw. Sonderkommissare mit dem Machtgefühl und Autonomiebedürfnis der „Regionalfürsten“? Inwieweit regionalisierten sich die „charismatischen Verwaltungsstäbe“? Galt ihre Loyalität stärker den „charismatisch legitimierten Kommissaren“, die weit weg in Berlin ihre jeweiligen Verwaltungsstäbe lenkten – oder den NS-Gauleitern?

Weitere Fragen ließen sich anfügen. Wichtig ist, dass charismatische Herrschaft, Zentralisierung, Sonderkommissare und personalisierte Politikformen auf der einen, und traditionelle Verwaltung, Bürokratisierungstendenzen, aber auch Dezentralisierung auf der anderen Seite nicht als sich ausschließende Alternativen, sondern als ein Spannungsverhältnis zu begreifen sind, das für die verschiedenen Phasen und Regionen genauer auszuloten wäre. Die künftige NS-Forschung täte gut daran, sich fernerhin nicht das obsolekte Diktum vom Zerfall des Staates und der angeblichen Instabilität der Hitlerdiktatur zu eigen zu machen, sondern die Strukturen der ‚neuen Staatlichkeit‘ des „Dritten Reiches“ sowie deren dynamische Stabilität in den Blick zu nehmen und exemplarisch auf der regionalen und lokalen Ebene konturenschärfer herauszuarbeiten.

---

<sup>71</sup> Es hätte den Rahmen dieses Beitrages gesprengt, auch die NS-Organisationen als „charismatische Verwaltungsstäbe“ in den Blick zu nehmen. Hingewiesen sei jedoch darauf, dass sie zum Verständnis des NS-Herrschaftssystems unabdingbar sind. Aufgrund ihrer Binnenstruktur, ihrer Praxis und ihres Auftretens auf den ‚großen‘ politischen Bühnen verstärkten sie die angesprochenen Trends in Richtung auf die Ausbildung einer ‚neuen Staatlichkeit‘. Hinzu kommt u. a., dass ohne eine kumulative Überorganisation der reichsdeutschen Bevölkerung in DAF, NS-Frauenshaft, NSV, NSDAP, SS, SA, HJ, BDM, NSKK, den NS-Berufsverbänden usw. und ohne eine nicht zuletzt dadurch bedingte permanente Mobilisierung weiter Teile der deutschen Gesellschaft die dynamische Stabilität der NS-Herrschaft, die erst in den letzten Wochen der braunen Diktatur stärkere Risse zeigte, nur schwer aufrecht zu erhalten gewesen wäre. Zum Thema NS-Massenorganisation als „charismatischer Verwaltungsstab“ vgl. exemplarisch für die DAF: Hachtmann: Chaos und Ineffizienz, bes. S. 67–76; Hachtmann: Kolob auf tönernen Füßen, bes. S. 87–93.